

Deutscher Bauernbund

christlich – konservativ – heimatverbunden

RUNDBRIEF Dezember 2021

FESTSCHRIFT

20 Jahre



30 Jahre



INHALT

Auf ein Wort.....	03
<i>Martin Dippe, Vizepräsident Bauernbund Sachsen-Anhalt</i>	
Aus der Verbandsarbeit	
Vorstandswahlen als Briefwahl.....	05
Gespräch mit Landwirtschaftsminister Schulze und Staatssekretär Zender.....	06
Festveranstaltung am 12.August 2021.....	07
Pressemitteilung	
Verleihung der Ehrennadel des Landes Sachsen-Anhalt	
Grüßworte	
Festrede	
Weitere Veranstaltungen und Höhepunkte.....	25
Kann das Insektenschutzgesetz Insekten schützen?.....	27
Korrekte Entschädigung.....	29
Siedlungs- und Verkehrsfläche wächst jeden Tag um 52 Hektar.....	32



unterstützt durch die **Landwirtschaftliche Rentenbank**
www.rentenbank.de

Impressum

Herausgeber: Deutscher Bauernbund e. V., Adelheidstraße 1, 06484 Quedlinburg
 Redaktion: Deutscher Bauernbund e. V. Trotz sorgfältiger Recherche kann für den Inhalt keine Haftung übernommen werden.

Fotos: eigene Aufnahmen; Fotostudio Creativ Quedlinburg (Festveranstaltung)

Auf ein Wort

von Martin Dippe

Wir Landwirte stehen vor großen Herausforderungen in der Zukunft. Vielleicht ist unser Berufsstand selbst schuld? Vielleicht waren es auch es die Umstände einer Entwicklung, die eine Zeit mit sich brachte, die eine andere Auffassung hatte, als die heutige. Wir sollten nicht mehr über die Vergangenheit diskutieren – wir müssen handeln! Gesellschaftlich und politisch haben wir Landwirte es schwer, unsere systemrelevante Stellung in der Gesellschaft und die Akzeptanz für unsere gute und tolle Arbeit wiederzuerlangen. Das Bewusstsein für Lebensmittel ist in aller Überfluss und im Wohlstand der Gesellschaft verloren gegangen. Die Regale sind immer voll, oftmals durch Lebensmittel aus dem Ausland, die nicht zu unseren Standards und fern des so hoch gelobten Verbraucherschutzes im Ausland produziert werden.

Wir brauchen regionale Wertschöpfungsketten aus Sachsen-Anhalt, die zu tatsächlichem Umwelt-, Klima-, Natur- und auch Tierschutz führen! Denn Regionales kann vieles, sofern alle Akteure der Wertschöpfungskette miteinander dieses Ziel verfolgen! Wir Landwirte wollen das!

Die Pandemie der letzten 2 Jahre hat uns gezeigt, wie sehr wir abhängig vom sogenannten „Weltmarkt“ sind – nicht nur in Sachen Lebensmittel! Wir alle wollen eins: Unsere Familien sicher versorgen! Lasst uns gemeinsam das „neue Bio“ – nämlich Regionalität auf den richtigen Weg bringen.

Die jetzige Generation denkt nachhaltig. Wir müssen endlich wieder pro aktiv werden. Ein Lebensmittel, in einem Reagenzglas erfunden – das soll Vertrauen erwecken und auch gesund sein? Nein, das ist es nicht! Alle wollen eine nachhaltige Kreislaufwirtschaft. Diese gibt es seit Anbeginn unseres Daseins. Das sollten Wissenschaft, Politik und Gesellschaft erkennen und dahin zurückkehren. Mit uns – statt gegen uns! Keine Verbotspolitik!!!

Wir sind studierte, mittlerweile in Wissenschaft, Technik und Digitalisierung hoch spezialisierte Unternehmer. Wir leisten nebenbei gesellschaftliches Engagement und Aufklärungsarbeit. Unentgeltlich! Wir sind Arbeitgeber, Steuerzahler, der wichtigste Wirtschaftszweig in Sachsen-Anhalt. Ohne unsere Branche geht Wirtschaftskraft und Lebensraum im so wichtigen ländlichen Raum verloren!

Wir wollen einen offenen Dialog. Zukünftig müssen wir medial über die hervorragende, vielfältige und nachhaltige Arbeit, die wir täglich verrichten, sprechen. Denn das haben wir in der Vergangenheit nur selten getan. Wieso? Weil man Angst hatte, nach einem Bericht im TV, Radio oder in den Printmedien, negativ dargestellt wird.

Unser Ziel ist es, gesunde und regionale Lebensmittel nachhaltig zu einem kostendeckenden Preis zu erzeugen. Dafür stehen wir! Für unsere Gesellschaft sind Gesundheit sowie ausreichend Lebensmittel sehr wichtig. Daher ist es eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nur in Zusammenarbeit mit uns Landwirten zu lösen ist!

Ich wünsche allen eine besinnliche und gesegnete Weihnachtszeit.
Bleibt alle gesund, Martin Dippe



Sehr geehrte Empfänger unseres Rundbriefes, liebe Mitgliedsbetriebe,

Wir freuen uns, Ihnen zum Jahresende wieder einen Rundbrief zu präsentieren, verbunden wie immer im Dezember mit den besten Weihnachtswünschen und alles Gute für das neue Jahr.

Gesundheit steht für uns alle an erster Stelle.

Auch in diesem Jahr waren wir, was die Organisation von Veranstaltungen angeht, sehr eingeschränkt.

Umso mehr haben wir uns gefreut, dass wir im August endlich unsere Jubiläumsveranstaltung mit Verabschiedung von Präsident Klamroth a.D. durchführen konnten. Einige von Ihnen haben diese Veranstaltung miterlebt.

Die zum Teil sehr emotionalen Reden und Grußworte haben wir Ihnen im folgenden noch einmal zusammen gestellt, deshalb ist dies nicht nur ein reiner Rundbrief, sondern auch eine kleine Chronik unserer Festveranstaltung.

Wir werden im neuen Jahr den Rundbrief in dieser Form nicht mehr drucken. Die Informationen erfolgen weitestgehend auf dem e-mail-Weg. Eventuell werden wir diejenigen, die keine e-mail- Adresse haben, die Informationen noch per Post zukommen lassen.

Mit den besten Wünschen für Sie und Ihre Familien und ein gesegnetes Weihnachtsfest!

Annekatriin Valverde



Aus der Verbandsarbeit

Vorstandswahlen per Briefwahl

Eigentlich wollten wir Ihnen an dieser Stelle unseren neu gewählten Vorstand präsentieren. Da aber, wie z.T. bekannt, unsere für den 03.12.2021 geplante Mitgliederversammlung coronabedingt abgesagt werden musste, hat sich der amtierende Vorstand entschlossen, eine Briefwahl durchzuführen. Nach den geltenden Gesetzlichkeiten aufgrund der Pandemie (*„Gesetz über Maßnahmen im...und Vereinsrecht zur Bekämpfung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie“*) ist dies derzeit möglich.

Wir werden allen wahlberechtigten Mitgliedern Mitte Dezember die Stimmzettel mit den aufgestellten Kandidaten per Post zusenden. Sie können diese dann im frankierten Rückumschlag, aber auch per Fax oder per e-mail an uns zurücksenden.

Die sich zur Wahl stellenden Kandidaten werden sich in den zugesandten Wahlunterlagen vorstellen.

In unserer ursprünglichen Einladung zum Verbandstag hatten wir bis zum 28.11.2021 um Rückmeldung gebeten, falls jemand Interesse an einer Mitarbeit im Vorstand hat. Bis jetzt sind keine weiteren Vorschläge in der Geschäftsstelle eingegangen.

Für unsere weitere politische Interessenvertretung ist es von großer Bedeutung, dass wir zeitnah wieder auf einen ordentlich gewählten Vorstand zurückgreifen können. Deshalb bitten wir um eine hohe Wahlbeteiligung.

Bauernbund im Gespräch mit Landwirtschaftsminister Schulze und Staatssekretär Zender

Auf Einladung des Bauernbundes kamen am 21.10.2021 Landwirtschaftsminister Sven Schulze und Staatssekretär Gert Zender zu einem ersten gemeinsamen Gespräch in das Quedlinburger Rathaus.

Nachdem bereits am vergangenen Samstag eine große „Kennenlern-Runde“ mit vielen Verbänden aus Sachsen-Anhalt in Magdeburg stattfand, hatten wir nun die Gelegenheit, der neuen Hausleitung des Ministeriums für Wirtschaft, Landwirtschaft, Tourismus und Forsten die agrarpolitischen Schwerpunkte aus Sicht des Bauernbundes zu erläutern.

Vizepräsident Martin Dippe erläuterte zu Beginn nochmal die gegenwärtige wirtschaftliche Situation der Betriebe. Das Anziehen der Erzeugerpreise kann den gegenwärtigen Verlust je Hektar aufgrund der Kostenexplosion der Betriebsmittelpreise (Dünger, Diesel, Instandhaltungskosten) in keiner Weise ausgleichen, sodass ein Defizit von ca. 300 € je Hektar verbleibt.

Die Vertreter des Bauernbundes zeigten sich erfreut darüber, dass das Thema Bodenmarkt und Grundstückverkehr in dieser Regierung ganz oben auf die „to-do“ Liste gesetzt wird und nach den entsprechenden Gesprächen, ein neuer Gesetzentwurf für ein Agrarstrukturgesetz unterbreitet werden soll.

Weitere Gesprächsthemen waren unter anderem die Afrikanische Schweinepest und die Ausrichtung und weitere Zusammenarbeit mit der AMG (Agrarmarketing Gesellschaft) in Sachsen-Anhalt. Bei dem Thema Förderung der ökologischen Landwirtschaft verständigte man sich, dass es künftig bedarfsorientiert erfolgen muss und nicht zum Nachteil der konventionellen Betriebe.

„Der Vorstand des Bauernbundes zeigte sich nach dem Gespräch sehr zufrieden und positiv überrascht. Unsere vorherigen Befürchtungen, dass die Landwirtschaft im Wirtschaftsministerium „untergeht“ konnten wir nicht bestätigen. Minister und Staatssekretär haben beide den Eindruck vermittelt, dass sie sich für die Belange der bäuerlichen Betriebe einsetzen und den Sachverstand des Berufsstandes hinzuziehen werden“, so Martin Dippe am Ende des Gespräches in Quedlinburg.



v.l.: Staatssekretär Zender, Minister Schulze, Sönke Achilles, Eckart Weirich, Henning Wiersdorff, Bernd Schwalenberg

20 Jahre Deutscher Bauernbund e.V. - 30 Jahre Bauernbund Sachsen - Anhalt e.V.

Festveranstaltung im Magdeburger Herrenkrug

Verleihung der Ehrenmedaille des Landes Sachsen - Anhalt an Präsidenten a.D. Kurt-Henning Klamroth

Der Deutsche Bauernbund e.V. und sein Landesverband Sachsen-Anhalt feierten gestern im Magdeburger Herrenkrug unter Beteiligung hochrangiger Gäste aus Politik und Verwaltung ihr 20 - bzw. 30 - jähriges Bestehen.

Dieser Anlass wurde auch genutzt, um sich bei denen zu bedanken, die über die Jahre hinweg immer den Verband begleitet und unterstützt haben.

Die Festredner würdigten die Bedeutung des Bauernbundes als wichtige Interessenvertretung der bäuerlichen Landwirtschaft sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene.

Seit seiner Gründung hat sich der Bauernbund immer dafür eingesetzt, Chancenungleichheiten, die durch Bodenreform, Zwangskollektivierung und Vermögensauseinandersetzung entstanden sind, zu minimieren und die Wiedereinrichter in den neuen Ländern beim Aufbau ihrer Betriebe zu unterstützen.

Dass der Bauernbund heute diese Anerkennung genießt, ist in erster Linie seinem Präsidenten a.D. Kurt-Henning Klamroth zu verdanken, der den Verband über 30 Jahre geführt hat.

Für seine Verdienste wurde Herr Klamroth vom Ministerpräsidenten Dr. Haseloff mit der Ehrennadel des Landes Sachsen-Anhalt ausgezeichnet.

„Ohne Ihr Wirken sähe der Agrarsektor auch in Sachsen-Anhalt anders aus. Sie haben ihn zum guten geprägt, Sie haben an seinem Erfolg mitgearbeitet. Dadurch haben Sie nicht nur der Landwirtschaft gedient, sondern unser ganzes Bundesland mitgeprägt“, würdigte der Ministerpräsident in seiner Laudatio.

Grußwort von Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff bei der Festveranstaltung 20 Jahre Deutscher Bauernbund + 30 Jahre Landesverband Sachsen-Anhalt des Bauernbundes am 12. August 2021 in Magdeburg

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident a.D. **Dr. Gies**,
sehr verehrte Frau Minister **Prof. Dalbert**,
sehr geehrter Herr Staatssekretär a.D. **Dr. Onko Aeikens**,
sehr verehrte Frau **Valverde**,
sehr geehrte Damen und Herren,

nach wie vor ist die Landwirtschaft von weit größerer Bedeutung als es die reinen Beschäftigtenzahlen oder andere Statistiken auszudrücken vermögen. Das hat damit zu tun, dass die Landwirtschaft unsere Ernährung sichert. Dadurch hat jeder Mensch ganz unmittelbar mit ihr und ihren Produkten zu tun. Landwirtschaft ist lebensnotwendig.

Darum ist es von besonderem Interesse, wie die Landwirtschaft im gesellschaftlichen Diskurs präsent ist, wie sie ihre Interessen artikuliert und durchsetzt. Hinzu kommt der Umstand, dass die mit der Landwirtschaft verbundene Landschaftspflege, der ihr eigene Umweltschutz und viele andere ökologische Fragen weiterhin rasant an Bedeutung gewinnen.

Niemand hat mehr Erfahrung am Umgang mit der Natur als die Landwirte. Niemand hat größeres Interesse an der Bewahrung der Schöpfung als Bäuerinnen und Bauern, denn sie ist ihre entscheidende Lebensgrundlage.

In allen diesen Zusammenhängen tritt seit Jahrzehnten der Bauernbund für die Belange der Landwirtschaft ein und ist insbesondere der Landesregierung ein verlässlicher Partner und Ratgeber geworden. Für dieses große Engagement danke ich dem Bauernbund sehr herzlich. Die Bilanz, die hinter ihm liegt, kann sich sehen lassen und darf Sie stolz machen.

Sachsen-Anhalt verfügt heute über eine moderne und leistungsfähige Landwirtschaft, die mit Qualität und Regionalität überzeugt.

Die Herausforderungen, denen sich die Landwirtschaft stellen muss, sind aber weiterhin groß. Und die Prioritäten haben sich gewandelt. Waren der Transformationsprozess im Osten Deutschlands und die zunehmende Ausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik auf den Markt in der Vergangenheit noch die dringlichsten Aufgaben, die gelöst werden mussten, sind es inzwischen die gesellschaftlichen Anforderungen an die Erzeugung sowie die Forderungen der Verbraucher nach Qualität und Sicherheit.

Die landwirtschaftliche Erzeugung wird in Zeiten der Globalisierung und des Klimawandels zunehmend hinterfragt. Wir sehen, dass der Klimawandel eine enorme Herausforderung ist. Extreme Wetterverhältnisse fordern nicht nur die Landwirtschaft. Nach mehrjähriger Dürre und Trockenheit müssen wir uns deutschlandweit zunehmend mit Starkregenereignissen und anderen Begleiterscheinungen des Klimawandels auseinandersetzen.

Es gilt hier nicht nur lokale und regionale Lösungen in der Zusammenarbeit mit den Kommunen und der Politik zu finden. Betroffen sind alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, aber auch für die Tierhaltung, den Pflanzenschutz, die Düngung, den Erhalt der Biodiversität, den Gewässerschutz und viele andere Themen müssen gesellschaftskonforme Lösungen gefunden werden. Ihr Verband hat sich von Beginn an dafür eingesetzt, dass die Herausforderungen gemeinsam beantwortet werden.

Die Ausgestaltung der heutigen Gemeinsamen Agrarpolitik in Sachsen-Anhalt ist noch in der vorangegangenen Legislaturperiode erfolgt. In der laufenden Umsetzung ist der Bauernbund ein gewissenhafter Beteiligter zum Beispiel bei Verbandsanhörungen, im Gutachterausschuss oder im ELER-Begleitausschuss. Für die Ausgestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik auf nationaler Ebene der nächsten Förderperiode müssen wir unsere Anstrengungen noch ausweiten. Auch im Zuge der Überarbeitung der Grundsätze für die weitere Privatisierung der landwirtschaftlichen Flächen der BVVG haben Sie sich als Interessenvertreter eingebracht und praktische Handlungshinweise gegeben.

Gerne ergreife ich hier die Gelegenheit, und fordere Sie auf, sich auch weiterhin aktiv in die genannten Themen einzubringen und Lösungsvorschläge, hin zu einer zukunftsorientierten Landwirtschaft für alle zu entwickeln. Denn was wir brauchen, das hat die Corona-Pandemie deutlich werden lassen, ist auch weiterhin eine sichere Versorgung der Bevölkerung mit dem täglichen Brot durch eine Landwirtschaft, die nachhaltig, tier-, umwelt- und klimafreundlich ist und auf dem Markt ein auskömmliches Einkommen erzielen kann.

Hier ist und bleibt uns der Bauernbund ein wichtiger Partner. Ich bin sicher, uns steht auch für die kommenden Jahre eine vertrauensvolle und erfolgreiche Zusammenarbeit bevor. Ich freue mich darauf.

Laudatio von Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff zur Verleihung der Ehrennadel des Landes Sachsen-Anhalt an Kurt-Henning Klamroth am 12. August 2021 in Magdeburg

Sehr geehrter Herr **Klamroth**,
sehr geehrte Damen und Herren,

es ist mir Freude und Ehre zugleich, Ihnen heute den Dank des Landes Sachsen-Anhalt aussprechen zu dürfen. Sie haben sich in einzigartiger Weise um die Entwicklung der Landwirtschaft verdient gemacht.



Nach der Selbstbefreiung, die wir uns 1989/90 in der DDR gemeinsam erstritten haben, war es notwendig, alle Bereiche des Lebens und der Wirtschaftsordnung zu demokratisieren. Zu allen Fragen der weiteren Gestaltung unseres Landes war der offene und kontroverse Diskurs nicht nur wieder möglich, sondern erwünscht und geboten. Dafür sind aber Strukturen notwendig, die eine freie Gesellschaft vor allem in ihrem Vereins- und Verbandswesen findet.

Ihr Name ist nun unlöslich mit der Entstehung des Landvolkverbandes, aus dem später der Bauernbund Sachsen-Anhalts wurde, verbunden. Drei Jahrzehnte standen Sie diesem als Präsident vor. Sie sind durch Ihr ehrliches und kompetentes Engagement zu einer wichtigen Stimme und zum Gesicht der Bauernschaft unseres Bundeslandes geworden.

Unmittelbar nach Wende und Wiedervereinigung haben Sie gemeinsam mit Ihrer Familie Ihren Hof wiedereingerichtet und wussten dadurch genau, wie viele Probleme sich mit diesem Schritt verbanden.

Wenn also die Wiedergründung eines leistungsstarken und selbstbewussten Bauernstandes gelingen sollte, dann mussten alle diese Herausforderungen gemeistert werden. Dazu war auch eine starke berufsständische Vertretung notwendig. Der Bauernbundes konnte das durch Ihre Tatkraft werden. Mit großer Leidenschaft betrieben und unterstützten Sie Wiedereinrichtung und Vermögensauseinandersetzungen als Weg, um das große Unrecht, das mit der kommunistischen Kollektivierung verbunden war, weitreichend zu korrigieren.

Der Bauernbund unterstützte seine Mitglieder, schulte sie vor allem in den vielfältigen Rechtsfragen und gab ihnen eine starke Vertretung gegenüber der politischen Ebene. So wurde der Bauernbund wichtiger Partner für EU, Bund und Land. Die Interessen der Bauern fanden durch Ihre Stimme Gehör.

Sie verstanden es aber auch immer wieder, die Mitgliedschaft zu motivieren, denn in einer freien Gesellschaft kommt der Erfolg eben nicht von allein. Man muss für seine Interessen eintreten, man muss für seine Ziele kämpfen. Manchmal muss man das auch mit härteren Bandagen tun. Das bekamen auch verschiedene Ministerinnen und Minister zu spüren und sie sind alle daran gewachsen.

Vor allem ging es Ihnen, sehr geehrter Herr Klamroth, immer wieder um wirtschaftliche Zweckmäßigkeit. Die Bauern ernähren das Land und sie müssen von ihrer Arbeit wiederum leben und investieren können. Sinnvolle Förderungen und mäßige Bürokratien, das war überall Ihr wichtiges Ziel und Sie sind in diesem Streit nicht erfolglos geblieben.

Ohne Ihr Wirken sähe der Agrarsektor in Sachsen-Anhalt anders aus. Sie haben ihn zum Guten geprägt, Sie haben an seinem Erfolg mitgearbeitet.

Dadurch haben Sie nicht nur der Landwirtschaft gedient, sondern unser ganzes Bundesland mitgeprägt.

In Anerkennung dieser großen Verdienste überreiche ich Ihnen die Ehrennadel des Landes Sachsen-Anhalt.

Ich bin sicher, dass Ihre Stimme und Ihr Rat weiterhin vernehmbar bleiben, auch wenn Sie Ihre Ämter inzwischen niedergelegt haben. Für die Zukunft wünsche ich Ihnen und Ihrer Familie Glück, Erfolg und Gottes reichen Segen.

Ministerin hält Grußwort auf Festveranstaltung des Bauernbundes 30 Jahre Bauernbund Sachsen-Anhalt und 20 Jahre Deutscher Bauernbund



© Rainer Kurzeder

Grußwort von Landwirtschaftsministerin Prof. Dr. Claudia Dalbert zur Festveranstaltung 30 Jahre Bauernbund Sachsen-Anhalt und 20 Jahre Deutscher Bauernbund.

Es gilt das gesprochene Wort!

"Anrede,

ich freue mich sehr, heute an Ihrer im besten Sinne doppelten Festveranstaltung teilzunehmen. Der Bauernbund blickt auf mehr als 30 Jahre Verbandsgeschichte zurück.

Und in diesen 30 Jahren hat die Landwirtschaft – nicht nur in Ostdeutschland – deutliche Veränderungen erlebt. Für die Betriebe in den neuen Bundesländern waren große Transformationsprozesse zu bewältigen. Die Anstrengungen haben sich gelohnt: Die Landwirtschaft in unserem Land ist leistungsfähig, wirtschaftlich erfolgreich und für die Zukunft gut aufgestellt.

Sie engagieren sich seit ihrer Gründung für eine familiengeführte, bäuerliche Landwirtschaft. Der Einsatz für eine vielfältige Agrarstruktur in Sachsen-Anhalt verbindet uns. Ackerland gehört in Bauernhand, da sind wir uns einig. Wie soll die Agrarstruktur in Zukunft aussehen? Sie liefern regelmäßig Antworten auf diese Frage, die unter ihren Berufskolleginnen und -kollegen und in der Politik kontrovers diskutiert wird. Ich bin überzeugt: Wenn es einen politischen Willen gibt, kann ein Kompromiss gefunden werden und mit gutem Willen ist ein Agrarstrukturgesetz möglich.

Nicht nur die Agrarstruktur und die außerlandwirtschaftlichen Investoren treiben sie und mich seit Jahren um. Wir spüren schon die Auswirkungen der Klimakrise: Die Dürre hat uns fest im Griff. Auch Starkregen bedrohen die Äcker. Gleichzeitig werden die Insekten immer weniger und mit ihnen die Feldvögel, die Hamster und schließlich finden auch die großen Räuber wie der Rotmilan immer weniger Nahrung. Nur gemeinsam wird es uns gelingen, das Artensterben aufzuhalten und unsere wertvollen fruchtbaren Böden zu schützen.

Gemeinsam schützen und erhalten – Das bedeutet, gemeinsam und auf Augenhöhe an Lösungen arbeiten. Das bedeutet, sich an einen Tisch setzen, die Fakten offen legen und einen gemeinsamen Weg finden. Trotz teilweise kontroverser Positionen ist uns das in den letzten Jahren sehr oft gelungen. Beispielsweise haben wir – Sie, der Bauernverband sowie die APÖL und das Ministerium – uns mehrmals getroffen, um die fachlich besten Lösungen rund um das Messstellennetz zur Umsetzung der Düngeverordnung zu finden.

Und es gibt eine weitere große Gemeinsamkeit zwischen Ihnen und mir: Uns eint die Sorge um den anstehenden Generationenwechsel in unseren Betrieben. Sie haben immer wieder Beratungs- und Unterstützungsbedarf angemahnt. Wie groß dieser ist, zeigt der Erfolg unseres Junglandwirteprogramms, das Sie stets positiv begleitet haben. Mit diesem bundesweit einmaligen Programm haben wir bis heute 68 junge Landwirtinnen und Landwirte mit über 4,5 Mio Euro beim Aufbau einer eigenen Existenz unter die Arme gegriffen.

Auch die Sorge um den Fachkräftemangel eint uns. Mit neuen Angeboten wie der Ökofachschule und einer Anpassung des Lehrprogramms an der Landwirtschaftlichen Fachschule in Haldensleben wollen wir die Berufe interessanter machen. Auch hier konnten wir von Anfang auf ihre fachliche Expertise zählen.

Anrede,

Ich bin überzeugt, dass der Bauernbund hervorragend aufgestellt ist, um die Aufgaben der Zukunft Schritt für Schritt anzugehen. Dabei ist uns allen klar: Landwirtschaft und Naturschutz gelingen am besten, wenn sich alle Beteiligten auf Augenhöhe begegnen. Es ist möglich Lösungen zu finden, die für alle gut sind, wenn es dafür politischen Willen gibt.

Das Niederländische Modell in der Börde zeigt, wie es gehen kann: Naturschützer und landwirtschaftliche Betriebe planen gemeinsam und jeder trägt seinen Teil dazu bei, dass Insekten Nahrung finden und der Feldhamster ein zu Hause hat. Gemeinsame Anträge ermöglichen es, Maßnahmen viel flexibler zu gestalten und umzusetzen.

Ich bin fest davon überzeugt, dass das Niederländische Modell noch viele Nachahmer finden wird. Denn: Landwirtschaft braucht biologische Vielfalt und biologische Vielfalt braucht Landwirtschaft! Ich denke, auch hierbei sind wir uns einig. Naturschutz und erfolgreiche Landwirtschaft können in unserer Kulturlandschaft in Sachsen-Anhalt nur im gemeinsamen Zusammenspiel gelingen. Bleiben Sie bei diesem Thema weiterhin ein konstruktiver und kritischer Begleiter der neuen Landesregierung!

Auch wenn die geplante Zerschlagung des gemeinsamen Hauses für Umwelt und Landwirtschaft die Aufgaben für sie schwerer macht und dem Finden guter gemeinsamer Lösungen häufig im Wege stehen wird.

Anrede,

Ich sagte es schon: Wir können die Auswirkungen der Klimakrise spüren. Jetzt ist Zeit, sich an die veränderten Bedingungen wie Dürren, Starkregen und Hitze anzupassen.

Dabei ist die Artenvielfalt entscheidend für Sie als Landwirtinnen und Landwirte: standortangepasste Wildarten liefern eine genetische Vielfalt, die die Grundlage für neue, anpassungsfähige Züchtungen darstellt.

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch eines erwähnen: Die landwirtschaftliche Grundlagenforschung an der Universität in Halle muss zwingend erhalten bleiben. Sachsen-Anhalt braucht eine starke Forschung für eine zukunftsfähige Landwirtschaft. Statt einzusparen sollten die Agrarwissenschaften im Land der fruchtbarsten Böden zu einem Leuchtturm entwickelt werden. Sie, die den Weizen für unser täglich Brot herstellen, und wir Politikerinnen, die die Rahmenbedingungen und Förderprogramme gestalten, wir alle benötigen Antworten auf die drängenden Fragen unserer Zeit. Wie soll der Stall der Zukunft aussehen? Was sind tierwohlgerichte Haltungsbedingungen? Wie gelingt landwirtschaftliche Produktion unter den Bedingungen des Klimawandels? Wie geht Produktion und Naturschutz zusammen? Welche Bedingungen benötigen Tiere und Pflanzen in der Kulturlandschaft, um überleben zu können? Wie und auf welche Weise können digitale pflanzen- und tierbezogene Daten die landwirtschaftlichen Betriebe bei ihrer nachhaltigen Arbeit unterstützen?

Wir benötigen eine starke Agrarwissenschaft an der Universität in Halle, weil sie mit ihrer Grundlagenforschung ein entscheidender Baustein im Netz unserer Hochschulen ist. Die darauf aufbauende Anwendungsforschung an unserer Fachhochschule ist bei Landwirtinnen und Landwirten höchst gefragt. Nur alle Bausteine zusammen ergeben eine zukunftsfähige Forschungsstruktur für das Agrarland Sachsen-Anhalt.

Anrede,

Was ist in den nächsten Jahren zu tun, um mit den Klimafolgen in der Landwirtschaft umzugehen? Ich bin überzeugt, dass Sie sich breit aufstellen müssen. Mehrere Standbeine helfen, wenn eines einmal wegen Schädlingen, einem schlimmen Hagelschauer oder Trockenheit ausfällt.

Ganz andere Möglichkeiten bietet die Direktvermarktung. Sie sichert Ihnen gute Preise und bindet die Menschen an Sie und Ihre regionale Produktion. Öffnen Sie sich, zeigen Sie Ihre Arbeit, viele Menschen wollen wissen, woher die Produkte stammen und wie die Tiere gehalten werden, die auf ihren Tellern landen.

Die Digitalisierung bringt jede Menge neue Möglichkeiten, von passgenauer Düngung bis Schädlingsüberwachung. Nutzen Sie die neuen Methoden, kooperieren Sie mit den klugen Köpfen an unseren Hochschulen.

Ökolandbau schont die Ressourcen, schützt Wasser und Böden und trägt zum Erhalt unserer heimischen Arten bei. Die Nachfrage nach Bio-Produkten steigt weiter. Nutzen Sie die Fördermöglichkeiten, die das Land und die EU Ihnen bieten. Die Erfahrungen aus der ökologischen Bewirtschaftung sind oftmals auch auf die konventionelle Landbewirtschaftung übertragbar.

Ich denke da an vielfältige Fruchtfolgen, Humussicherung und –aufbau oder alternative Pflanzenschutzmaßnahmen.

Jeder Betrieb muss seinen Weg finden; manches passt hier, manches passt da. Seien Sie dabei offen für Neues, schauen Sie, was bei anderen gut funktioniert. Gehen Sie an die Öffentlichkeit, nehmen Sie die Menschen mit. Machen Sie weiterhin konstruktive Vorschläge, wie Sie erfolgreich wirtschaften und Urproduktion betreiben können und dabei gleichzeitig ihren Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz leisten.

Anrede,

Die Tierhaltung habe ich noch nicht erwähnt. Vor allem in der Sauenhaltung findet inzwischen in ganz Deutschland das Umdenken statt, das wir in Sachsen-Anhalt schon seit 2016 in die Tat umsetzen: Mehr Platz für die Sauen. Die neue Tierschutznutztierhaltungsverordnung ist endlich ein Schritt in die richtige Richtung: Die Haltung muss am Tierwohl ausgerichtet sein.

Ganz klar ist: wir brauchen die Nutztierhaltung in unseren landwirtschaftlichen Betrieben! Sie ist ein wichtiger Bestandteil nachhaltiger Stoffkreisläufe.

Nur mit Tieren können wir artenreiches Grünland pflegen. Und auf dem Grünland ist Tierhaltung ganz selbstverständlich artgerecht. Mit Weideschussmöglichkeit und mobilen Schlachtungen könnte das in Zukunft auch völlig stressfrei für die Tiere sein, bis wir ihr Fleisch verzehren. Wenn dann noch eine Kennzeichnung der Herkunft des Fleisches im Supermarkt hinzukommt, werden all jene tierhaltenden Betriebe, die den Tierschutz hochhalten, endlich eine faire Chance auf dem Markt bekommen.

Es wird in den nächsten Jahren weiterhin Aufgabe der Politik im Land und auch Aufgabe für Ihren Verband sein, Lösungen für die Zielkonflikte (z. B. Auslaufhaltung, Wirtschaftsdünger, Immissionsschutz) zu finden. Je besser die Rahmenbedingungen gesetzt sind, umso höher ist die Planungssicherheit für Ihre Betriebe.

Sicher satt zu Essen zu haben ist in Deutschland selbstverständlich geworden. Diese Leistung der Landwirtschaft spiegelt sich leider nicht immer in unseren Nahrungsmittelpreisen – und schon gar nicht in den landwirtschaftlichen Erzeugerpreisen – wider.

Lebensmittel müssen wieder mehr wertgeschätzt werden. Wir brauchen auch eine Wende zur nachhaltigen Ernährung und eine drastische Reduktion der Lebensmittelabfälle.

Hier kann und muss jeder seinen Beitrag leisten. Nachhaltige, klimafreundliche Landwirtschaft gelingt dann, wenn sich auch der Konsum anpasst. Viele Menschen haben das schon verstanden, sie versuchen regional und saisonal einzukaufen. Nutzen Sie das für sich, indem Sie Angebote machen.

Anrede,

Mit dem Bauernbund Sachsen-Anhalt und dem Deutschen Bauernbund stehen dem Landwirtschaftsministerium und der Landesregierung seit mehr als 30 Jahren kritische und konstruktive Partner zur Seite.

Das ist nicht zuletzt das Verdienst des leidenschaftlichen Einsatzes des Mannes, der viele Jahre an der Spitze ihres Verbandes stand – Herrn Kurt-Henning Klamroth. Sehr geehrter Herr Klamroth, ich habe Sie als streitbaren, kritischen und in der Sache immer lösungsorientierten Verhandlungspartner kennen- und schätzen gelernt. Für diese gemeinsame Zusammenarbeit möchte ich Ihnen von ganzem Herzen danken.

Ich gehe davon aus, dass der Verband auch weiterhin konstruktiver Partner für das Landwirtschaftsministerium und die neue Landesregierung sein wird. Ich wünsche Ihnen für die kommenden Aufgaben Kraft, Durchhaltevermögen und alles Gute für die Zukunft Ihrer Betriebe und Ihrer Familien.

Grußwort Bundesstaatssekretär a.D., Dr. Hermann-Onko Aeikens

Lieber Herr Klamroth, verehrte Frau Klamroth, sehr geehrte Ehrengäste, meine Damen und Herren, liebe Bäuerinnen und Bauern. Gerne komme ich der Bitte Ihres Verbandes nach, anlässlich der Verabschiedung Ihres Präsidenten Kurt Henning Klamroth ein Grußwort zu sprechen.

Hatten wir doch seit dreißig Jahren immer wieder miteinander zu tun. Es gab unzählige Telefonate und Gespräche.

Er war immer Präsident, ich saß auf verschiedenen Stühlen als Beamter und Politiker. Da liegt es in der Natur der verschiedenartigen Funktionen, dass man auch mal unterschiedliche Auffassungen hat.

Wir waren und sind in der Tat in Detailfragen nicht immer einer Meinung, aber wir teilen ein gemeinsames Grundverständnis, was Landwirtschaft ist und bedeutet.

Die erste Begegnung mit Ihnen, Herr Klamroth, fand im Januar 1991 durch Vermittlung des damaligen Staatssekretärs Klaus Gille statt. Wir wurden einander vorgestellt und ich musste schnell lernen, dass hier der Landvolkpräsident nicht der Präsident des Regionalverbandes des Deutschen Bauernverbandes war, so wie ich es von Niedersachsen kannte.

Der Landvolkverband in Sachsen- Anhalt vertrat die Interessen der Wieder- und Neueinrichter, der Vorstand des Bauernverbandes setzte sich dagegen vorwiegend aus Vertretern der LPG – Nachfolgebetriebe zusammen.

Sie Herr Klamroth haben den zum Teil unter widrigsten Bedingungen startenden Betrieben eine Stimme gegeben, sie haben viele Familien in die Selbständigkeit begleitet, zum Teil gegen erbitterten Widerstand aus dem Umfeld. In Ihrem Verband fanden diese Betriebe eine Heimat, eine Vertretung ihrer Interessen. Diese Vertretung war nötig und dafür gebührt Ihnen Dank und Anerkennung, lieber Herr Klamroth.

Sie haben die Anliegen dieser Betriebe auch in Fragen der Vermögensauseinandersetzung vertreten. Hier gab es natürlich unterschiedliche Interessen zwischen denen, die gemeinschaftlich weiterwirtschaften wollten und denen, die sich selbständig machten. Es ging hier um Geld und es ging damit um Startchancen. Sie haben hier immer wieder auf Korrektheit gedrungen und das war richtig so. Die Folgen der Zwangskollektivierung konnte man nicht heilen, vor allem nicht das menschliche Leid. Aber die Betroffenen hatten einen gesetzlichen Anspruch auf eine geordnete Vermögensauseinandersetzung. Das haben Sie eingefordert und das hat dazu geführt, dass diese Verfahren in Sachsen - Anhalt im Vergleich zu anderen Bundesländern korrekter abgelaufen sind. Auch das ist ein Verdienst von Ihnen Herr Klamroth.

Wie sollen die EU-Direktzahlungen verteilt werden? Eine Diskussion in die Sie sich immer wieder eingeschaltet haben. Sie waren von Anbeginn ein Befürworter von Kappungs- und Degressionslösungen.

Sie haben dabei die Betriebswirtschaft auf Ihrer Seite. Allein die Arbeitserledigungskosten sind in einem Großbetrieb mehrere hundert Euro günstiger als in einem mittelbäuerlichen Betrieb, so haben es Agrarökonominnen des Thünen – Instituts errechnet. Sie haben immer wieder darauf hingewiesen, dass die jetzigen Regelungen das Engagement und damit die Konkurrenz von außerlandwirtschaftlichen Investoren befördern. Ein maßvoller Degressionsvorschlag der Bundeslandwirtschaftsministerin Frau Klöckner fand allerdings in der entscheidenden Agrarministerkonferenz in diesem Jahr keine Mehrheit.

Die Positionen Ihres Verbandes zur Verteilung der Direktzahlungen und zu den rechtlichen Regelungen des Bodenmarktes unterschieden sich immer von der Haltung des Bauernverbandes, sie waren immer die Alleinstellungsmerkmale Ihres Verbandes. Ein Verband, der Zukunft haben will braucht Alleinstellungsmerkmale.



Sie, Herr Klamroth, haben vehement für ein Agrarstrukturgesetz gefochten, leider bisher ohne Erfolg. Der Ausverkauf landwirtschaftlicher Betriebe an landwirtschaftsfremde Investoren geht ungehindert weiter. Investoren, die zum Teil in undurchsichtigen Holding - Gesellschaften wirtschaften. Das ist eine Landwirtschaft ohne Gesicht, ohne Engagement für das Dorf, ohne Engagement für den ländlichen Raum. Familienbetriebe, und das muss heute keine Frage der Rechtsform sein, geben der Landwirtschaft ein Gesicht, sie engagieren sich im Dorf und für das Gemeinwesen. Sie sind ein traditioneller Bestandteil unserer Kultur und diese Kultur sollten wir erhalten. Und wenn inzwischen Sparkassen Land kaufen und Banken Betriebe bewirtschaften, sich also Bauernland in Bankenhand befindet, dann ist es Zeit zum Handeln, denn dies kann nicht die Zukunft der Landwirtschaft sein.

Meine Damen und Herren, wir brauchen eine Landwirtschaft, die der Branche zu mehr Wertschätzung in der Gesellschaft verhilft. Das wir nicht die Investorenlandwirtschaft sein.

Der Grund und Boden, der unser täglich Brot liefert, ist etwas anderes als Wohnungspakete in Magdeburg Olvenstedt oder Berlin Kreuzberg und deshalb müssen die Anteilskäufe dem Grundstücksverkehrsrecht unterworfen werden und Großinvestoren gestoppt werden.

Sie Herr Klamroth sind auch deshalb ein glaubwürdiger Interessenvertreter, weil sie als Unternehmer das umgesetzt haben, was Sie als Verbandsvertreter propagiert haben.

Sie haben erfolgreich einen Betrieb im Vorharz mit Ackerbau und Milchviehhaltung aufgebaut, sie betreiben damit traditionelle Kreislaufwirtschaft. Sie haben dann noch einen Hofladen eingerichtet, der große Resonanz bei den Kundinnen und Kunden erfährt. Hofläden sind die wichtigsten Botschafter der Landwirtschaft. Ihr Betrieb ist ein sehr gutes Beispiel dafür, was eine Familie leisten kann, wenn sie zusammensteht. Der Begriff Familienbetrieb ist für Familie Klamroth keine Worthülle, bei Ihnen wird der Familienbetrieb gelebt.

Möglich war Ihr Erfolg als Unternehmer und ihr vielfältiges ehrenamtliches Engagement, bei dem Sie sich nicht geschont haben, weil Ihre Frau Ihnen dabei vielfältige Unterstützung gewährt hat. Ohne Ihre Frau, die Ihnen zuhause und im Betrieb den Rücken freigehalten hat, wäre Ihnen Herr Klamroth Ihr Engagement nicht möglich gewesen. Verehrte Frau Klamroth, dafür gebührt Ihnen ein besonders herzlicher Dank.

Auf Ihre unternehmerischen Erfolge dürfen Sie und Ihre Familie stolz sein, Herr Klamroth, Sie haben aus bescheidensten Anfängen ein stattliches Unternehmen aufgebaut. Die nächste Generation wirtschaftet bereits, das zeichnet die Kontinuität des Familienbetriebes aus.

Sie haben auch die verbandspolitische Szene bereichert und denen eine Stimme gegeben, die es nötig hatten. Agrarpolitische Themen werden zukünftig verschiedene Schwerpunkte haben.

Fragen der Beziehungen zwischen Landwirtschaft und Umwelt werden in Zukunft eine größere Rolle spielen. Schauen wir uns die verschiedenen EU – Strategien an oder den Abschlussbericht der Zukunftskommission Landwirtschaft. Land- und Forstwirte sind für 80 % der Flächen in Deutschland verantwortlich. Die Gesellschaft ist hier sensibler geworden. Viele Themen warten auf Antworten, auch aus Ihrem Verband.

Die Wissenschaft wird uns bei der Bewältigung drängender Fragen helfen, gesamtwirtschaftlich, aber auch in Fragen der Landwirtschaft. Auch hier bedarf es einer engen Verzahnung.

All das wird der Bauernbund nun ohne Sie leisten müssen, Herr Klamroth. Ohne Sie wird die agrarpolitische Szene ärmer sein, weniger Konturen haben. Der große starke Mann mit der manchmal auch lauten Stimme tritt ab. Er wird fehlen, hier in Sachsen- Anhalt und in Berlin.

Unsere Diskussionen waren immer von gegenseitigem Respekt und gegenseitiger Wertschätzung geprägt. Einmal haben mir meine Vorzimmerdamen in Magdeburg aber lächelnd gesagt, sie hätten trotz der dicken Türen jedes Wort meines Telefonats mit Ihnen verstanden. Auch das gehört zum Umgang mit Kurt Henning Klamroth, und das macht auch einen Teil seines Charmes aus.

Lieber Herr Klamroth. Herzlichen Dank für die gemeinsame Arbeit und für die gemeinsamen Jahre. Bleiben Sie gesund und bleiben Sie ein Begleiter und Kommentator der Agrarpolitik.

Grußwort Dr. R. Strohmeier, MdEP a.D.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
Frau Minister, Herr Staatssekretär,
verehrte Gäste,
lieber Herr Klamroth,

es ist mir eine große Ehre heute an Ihrer Verabschiedung als Bauernbund-präsident teilnehmen und sprechen zu dürfen, nachdem ich schon seit 15 Jahren keine Agrarpolitik mehr betreibe.

Um Sie nicht mit bereits von meinen Vorrednern Ausgeführtem zu langweilen darf ich mich auf ein paar Punkte in meinen Ausführungen beschränken:

Lieber Herr Klamroth, Sie waren in Europa das Gesicht und die - mitunter auch durchaus laute wie wir gehört haben - Stimme der bäuerlichen Landwirtschaft in Mitteldeutschland, insb. der Neu- und Wiedereinrichter, immer mutig und kampfbereit, deren Interessen gegenüber der häufig bauernverbandlich dominierten Agrarpolitik zu vertreten. Auch Beifall von der politisch falschen Seite, denke ich an die Staffelung der Ausgleichszahlungen, hat Sie nur begrenzt gestört, wenn Sie von etwas überzeugt waren.

Das hat Sie nicht immer beliebt gemacht und ich persönlich weiß was das heißt, als ich ja selbst häufig gegen den Bauernverbandsstachel löckte. Das hat Sie mir aber nicht nur fachlich, sondern auch menschlich sympathisch gemacht. Dazu beigetragen haben neben Ihrer – ich vermute lutherischen – Standfestigkeit und Familiengeschichte auch ein gewisses Maß an Cleverness - Luther hätte dazu sicher einen schöneren deutschen Begriff gefunden. Ich vermute, dass diese bereits in der DDR gegenüber der Obrigkeit kein Nachteil war und sicherlich auch in den Wendejahren sehr hilfreich - für Sie persönlich wie für den Bauernbund.

Beeindruckt hat mich auch, dass Sie sich schon frühzeitig um die Agrarpolitik in Brüssel gekümmert haben, obwohl sie in der DDR ja nicht proeuropäisch sozialisiert wurden, ganz im Gegenteil. Ich darf daher dem Bauernbund unter neuer Führung zurufen, lassen Sie hier nicht locker: Gerade mit dem FitFor55-Programm wird nicht nur die nationale Agrarpolitik noch stärker als bisher von Brüssel bestimmt werden!

Als Westdeutscher ohne familiäre Bezüge nach Mitteldeutschland verdanke ich Ihnen persönlich viele wichtige Einsichten in die Lebensrealitäten aber auch in die Widersprüche des Unrechtsstaates DDR. Das gilt übrigens auch für Kommissar Franz Fischler dessen beste Grüße ich Ihnen und der Festversammlung übermitteln darf. Die vielen Gespräche mit Ihnen haben mir bei der Bewertung von Sachverhalten nach der Wende nicht nur im Agrarbereich sehr geholfen. Ich erinnere mich hier dankbar besonders an einen Aufenthalt auf Ihrem Betrieb, der mich sehr berührt hat.

Lieber Herr Klamroth, Sie waren schon wesentlich an der Gründung des Landvolkverbandes Sachsen-Anhalt vor 30 Jahren beteiligt. 30 Jahre entsprechen gemeinhin einer Generation. Über einen so langen Zeitraum das Vertrauen der Mitglieder demokratisch bestätigt bekommen zu haben ist per se schon eine phänomenale Leistung, vor der man nur den Hut ziehen kann. Mit der Verleihung der Ehrennadel des Landes Sachsen-Anhalt, zu der ich Ihnen herzlich gratuliere, hat dieses Engagement auch seine verdiente Anerkennung gefunden.

Was dabei aber gerne übersehen wird ist, dass ein solcher Einsatz mit einem erheblichen Aufwand verbunden ist, von dem das zeitliche Element – da der Tag bekanntlich nur 24 Stunden hat – ein sehr rares Gut ist. Dh, man muss das Zeitbudget dann woanders kappen, sei es bei der Familie, den Hobbies wie dem Reisen oder der Gesundheit. Sie haben das alles mit der Unterstützung Ihrer Gat-

tin und der ganzen Familie nach meinem Eindruck aber gut hinbekommen. Nachdem jedoch bekanntlich hinter einem erfolgreichen Mann immer eine starke Frau steht ist das also auch Ihr Festtag liebe Frau Klamroth!

Von daher hoffe und wünsche ich Ihnen, dass Sie die wiedergewonnen Zeit möglichst lange jetzt für die Dinge nutzen können, die so lange hintanstanden mussten. Und als seit kurzem selbst im (Un)ruhestand Befindlicher darf ich mir erlauben Ihnen zu versichern, dass man auch andere Dinge als die Politik mit Passion betreiben kann. Und der Phantomschmerz der fehlenden Politik lässt erstaunlich rasch nach...

In diesem Sinn lieber Herr Klamroth, Danke für viele gute Gespräche und Einsichten, alles erdenklich Gute für den neuen Lebensabschnitt und dem Bauern-bund weiterhin erfolgreiche Jahre unter neuer Führung!

Grußwort zum 30jährigen Bestehen des Deutschen Bauernbundes

12.08.2021 Magdeburg Herrenkrug

vorgetragen von Annekatriin Valverde

**Elisabeth Salomon,
Heimatverdrängtes Landvolk-Bauernverband der
Vertriebenen e.V.**

Lieber Bauernbund, sehr geehrter Herr Klamroth, sehr geehrter Herr

Ministerpräsident,

als Präsidentin a.D. des Heimatverdrängtes Landvolk - Bauernverband des

Vertriebenen bringe ich die herzlichsten Glückwünsche

an den Jubilar, den Bauernbund, aber vor allem auch an seinen Präsidenten Kurt-Henning Klamroth, dessen Verdienste heute besonders gewürdigt werden sollen. Mein Name ist Elisabeth Salomon und meine Familie bewirtschaftet einen Gemischtbetrieb in der Altmark.

Das Heimatverdrängte Landvolk-Bauernverband der Vertriebenen ist langjähriges Fördermitglied des Bauernbundes. Da drängt sich natürlich die Frage auf:

30 Jahre Bauernbund, 73 Jahre Heimatverdrängtes Landvolk (jetzt HvL-BVdV)

- was verbindet uns?

Zurück geht die Verbindung beider Verbände auf eine Männerfreundschaft:

Dr. Otto Saenger - seinerseits Präsident des Heimatverdrängten Landvolks zur Zeit der Wiedervereinigung und Kurt-Henning Klamroth.

Dr. Otto Saenger, aus Hannover zurückgekehrt auf den elterlichen Betrieb in Wengelsdorf - 1945 enteignet und vertrieben im Zuge der stalinistisch-kommunistischen sog. demokratischen Bodenreform. Sein Ziel: Wiederaufbau des elterlichen Betriebes mit der Überzeugung, dass kommunistisches Unrecht keinen Bestand haben wird nach der Wiedervereinigung. Dann: Pachtung des elterlichen Betriebes von der BVVG - denn Sie erinnern sich: keine Rückgabe, sondern lediglich spätere Kaufoption für einen kleinen Teil des eigenen, in Staatshand befindlichen Betriebes.

Kurt-Henning Klamroth, Wiedereinrichter in Westerhausen, ebenfalls mit dem Ziel, seinen elterlichen Betrieb nach dem erfahrenen LPG-Unrecht wieder aufzubauen. Ausgründung aus der LPG als Eigentümer seines elterlichen Betriebes und Präsident des neu gegründeten Bauernbundes Sachsen-Anhalt.

Grundlage und tragende Säule für die bleibende Freundschaft beider waren Respekt und Verständnis vor dem Schicksal des anderen, aber auch ganz entscheidend die Überzeugung beider, **dass kommunistisches Unrecht keinen Bestand haben durfte.**

Diese Grundhaltung ist bis heute die **1. Säule** für die Freundschaft zwischen DBB und HvL-BVdV.



Dies zeigt sich auch in der **2.Säule**: Zahlreiche von dem SBZ-Unrecht Betroffene und soweit möglich auf die elterlichen Höfe zurückgekehrten Opfer haben Doppelmitgliedschaften in beiden Verbänden. Gelebt wird die Verbindung vor allem durch die sachsen-anhaltinischen Mitglieder.

Hinzu kommt eine **3.Säule**: Der Vizepräsident des HvL-BVdV, Dr. Arwed Blomeyer, war als Gesandter des Deutschen Bauernverbandes von der ersten Stunde an bei den Verhandlungen zur Ausgestaltung der landwirtschaftlichen Verbände in Sachsen-Anhalt dabei und kennt damit die Geschichte des Bauernbundes im Detail aus erster Hand. Auch hier trägt eine bleibende Freundschaft bis heute.

Uns verbindet aber noch mehr - und jetzt spreche ich Sie an, lieber Herr Klamroth:

Wir sind zwei der in Sachsen-Anhalt noch übrig gebliebenen Milchviehbetriebe, die jeden Tag ums Überleben kämpfen - Sie im Bereich des Harzes, wir in der Altmark - beides keine einfachen Standorte für Milchvieh. Aber jeden Tag werden es mehr Betriebe, die dem Druck von außen nicht mehr standhalten können.

Landwirtschaft ist heute fremdbestimmt:

Tierwohl - eine Selbstverständlichkeit für uns, die wir auf das Wohl der Tiere angewiesen sind,

Umwelt- und Naturschutz - etwas, das jeder Landwirt mit offenen Augen befürwortet.

Aber nicht wenigen Betrieben brechen die Forderungen das Genick - und betroffen sind insbesondere wir Tierhalter: Alte Siloanlagen werden stillgelegt, neue Siloanlagen werden z.T. ohne Augenmaß erzwungen als Ergebnis der sich oft in kurzer Abfolge ändernden wasser- und düngerechtlichen Vorgaben. Die wirtschaftliche Tragbarkeit - wen interessiert das schon? Allzu oft scheitern gerade deshalb auch angesehene Milchviehbetriebe. **Liebe Regierende, kann es wirklich das Ziel einer Regierung sein, die Tierhaltung auf diesem Weg zu reduzieren?**

Ein weiteres Stichwort: Insektensterben - wieder wird die Hauptverantwortung dafür der Landwirtschaft zugeschoben. Aber was macht die öffentliche Hand? Straßenränder - und nicht nur die Bankette - werden z.T. während größter Trockenheit oder aber kurz vor Einbruch des Winters bis auf die Erde abrasiert. Wer denkt da an Umwelt- und Insektenschutz? Unsere Regierenden sind aufgefordert, hier zügigst Änderungen herbeizuführen.

Lieber Bauernbund, das Heimatverdrängte Landvolk-Bauernverband der Vertriebenen, für das ich heute hier spreche, wird an eurer Seite bleiben, auch wenn die Gesichter im Laufe der Zeit andere sind. Ebenso wünsche ich mir, dass der Bauernbund nicht wankt und auch an unserer Seite bleibt.

Kurzum:

Ich wünsche uns eine weiterhin gute und erfolgreiche Zusammenarbeit.

Orpensdorf, den 12.08. 2021

Elisabeth Salomon, Präsidentin HvL-BVdV a.D.



Christian Schmidt
Mitglied des Deutschen Bundestages
Bundesminister a.D.

Christian Schmidt, MdB · Ansbacher Str. 20 b · 91413 Neustadt a.d. Aisch

Deutscher Bauernbund e.V.
Frau Geschäftsführerin
Annekatriin Valverde
Adelheidstraße 1
06484 Quedlinburg

28. Juli 2021
CS/sc

Sehr geehrte Frau Valverde,

Sie hatten mir freundlicherweise eine Einladung zum 20-jährigen Bestehen des Deutschen Bauernbundes und zum 30-jährigen Bestehen des Landesverbandes Sachsen-Anhalt geschickt, die pandemiebedingt jetzt erst stattfinden kann. Dies hat mich sehr gefreut. Wie Sie wissen, habe ich die Arbeit des Deutschen Bauernbundes immer sehr geschätzt. Dies gilt insbesondere für das Wirken von Herrn Präsidenten a. D. Klamroth. Alleine der Abschied für Herrn Klamroth wäre es wert, am 12. August (einen Tag vor der sechzigsten Wiederkehr des kommunistischen Baus der Berliner Schandmauer) zu kommen und Referenz zu erweisen. Da ich mich in dieser Zeit allerdings schon in meiner neuen Funktion als Hoher Repräsentant für Bosnien-Herzegowina in Sarajewo aufhalten werde, kann ich der Einladung leider nicht Folge leisten.

Ich darf aber herzlich bitten, dass Sie veranlassen, dass ausdrücklich meine Grüße an Herrn Klamroth persönlich und an alle jetzt Aktiven des Deutschen Bauernbund übermittelt werden. Der Ansatz des Deutschen Bauernbundes ist der, rechtliches und gesellschaftliches Unrecht, das den Bauern in der DDR entstanden ist, durch eine anders geartete respektvolle Wahrnehmung im wiedervereinten Deutschlands zu beenden. Auch wenn einige Fragestellungen nach wie vor offen sind, beglückwünsche ich den Deutschen Bauernbund dazu, dass er hier als unüberhörbare deutliche Stimme sich zu Wort gemeldet hat und gehört worden ist. Sachsen-Anhalt hat diesem Wirken immer Unterstützung gegeben. Dank sei an die Ministerpräsidenten dieses Landes,

..2

insbesondere auch Ministerpräsident Dr. Haseloff gegeben. Auch bei Fragen der Restitution, konnte ich in meiner Amtszeit als Bundesminister von Erfahrung und Unterstützung durch Dr. Hermann Onko Aeikens sehr profitieren, mit dem gemeinsam manche Maßnahmen wirklich geworden sind. Ich habe die Zusammenarbeit mit Herrn Klamroth sehr geschätzt.

Ich wünsche alles Gute, Gesundheit und Erfolg in Haus und Hof und würde mich über einen gelegentlichen Austausch mit Herrn Klamroth und dem Deutschen Bauernbund freuen.

Mit freundlichen Grüßen



Festrede Ministerpräsident a.D., Dr. Gerd Gies



Vorbemerkung: Ich werde diese Ansprache in unserer deutschen Sprache halten, die auf einen der großen Wissenschaftler zurückgeht, die unser Land hervorbrachte: Martin Luther. Seither hat sie sich in großer Schönheit ständig entwickelt und vervollkommenet, diente Goethe, Schiller, Kant, Brecht, Christa Wolf und vielen anderen Geistesgrößen als das Medium geistiger Schöpfungen von Weltgeltung; deshalb werde ich sie nicht verunstalten durch Verschluckpausen oder unsinnige Endungen. Unsere Sprache an sich diskriminiert niemanden, nur wer sie

nicht liebt oder nicht beherrscht, kann solches konstruieren.

Lieber Kurt–Henning Klamroth, liebe Frau Klamroth, sehr geehrter Herr Ministerpräsident Dr. Haseloff,

als ich gebeten wurde, lieber Kurt, anlässlich Deines Ausscheidens aus dem Amt als Präsident des Deutschen Bauernbundes eine Ansprache zu halten, empfand ich das als Ehre und Freude, verbinden uns doch viele gemeinsame Kämpfe, Anliegen und Überzeugungen. Am 24. Februar 1990 wurde in Halle-Neustadt der CDU-Landesverband Sachsen-Anhalt gegründet und ich (entgegen meinen eigenen Vorstellungen) zum Vorsitzenden gewählt. Wenige Tage später suchte mich Kurt Klamroth in der Geschäftsstelle in der Lübecker Straße auf. Solche Besuche liefen damals wie am Fließband ab, weil viele viele Anliegen hatten in dieser unsicheren Umbruchszeit. Dieser Besuch jedoch war besonders, weil er ein Thema aufgriff, das mich als Altmärker und mit dem Dorfleben eng verbundenen Tierarzt seit Monaten umtrieb: Dringend mussten Wege gefunden werden, die in unserem künftigen Bundesland Voraussetzungen für das Wiedererstehen eines bäuerlichen Mittelstandes schaffen konnten. Bereits in den Wintermonaten zuvor konfrontierte mich die verunsicherte Landbevölkerung auf vielen Versammlungen immer wieder mit zwei Fragen:

Wie können wir unser Eigentum zurückbekommen, das uns bei der Zwangskollektivierung genommen wurde und wie können wir unter den inzwischen veränderten Bedingungen als Bauern wirtschaften. Hinzu kam, dass die SED-Diktatur auch auf dem Land ein für allemal beendet werden sollte und zu verhindern war, dass die alten Kader sich am bäuerlichen Eigentum bereicherten. Um die komplexen Zusammenhänge zu verstehen, müssen wir jedoch in der

Geschichte in das Jahr 1945 zurück gehen. Am 3. September war auf Druck der sowjetischen Militärverwaltung und großer Initiative der KPD die Bodenreformverordnung in der Provinz Sachsen beschlossen worden.

Angeblich sollte sie der Entmachtung der Nazis und Kriegsverbrecher dienen und die Versorgungslage im zerstörten Land verbessern. In Wahrheit ging es um den Beginn der Umsetzung der alten marxistisch-leninistischen Irrlehre von der Notwendigkeit der Trennung der besitzenden Klasse von den Produktionsmitteln als Grundlage für die Schaffung einer kommunistischen Gesellschaft. Es wurde wiederholt, was Stalin bereits mit größter Brutalität in den 20-er und 30-er Jahren mit Millionen Verhungerten im eigenen Land besonders in der Ukraine durchgesetzt hatte.

Als Zusatzinformation an die weniger Geschichtskundigen: Diese Enteignung in der Sowjetischen Zone fand ohne Entschädigung statt und war verbunden mit einer Vertreibung aus dem Landkreis. Enteignet wurden alle Höfe, die eine Größe von 100 ha überschritten oder deren Eigentümer tatsächlich oder denunziert als Nazis eingestuft wurden. Enteignet wurden auch Widerstandskämpfer, die im KZ waren oder umgebracht worden waren. Später begann die Einrichtung sogenannter Neubauernsiedlungen, die Landlosen und Flüchtlingen – nach sowjetischem Sprachgebrauch Umsiedlern – zugeteilt wurden. Deren Größe von 5 bis maximal 10 ha bot jedoch von Beginn an keine sichere Existenzgrundlage, auch konnte über diese Höfe nicht frei verfügt werden, sie fielen bei Aufgabe an die Kommune.

Diese mit dem verfälschenden Namen Bodenreform bezeichnete brachiale Aktion bildete nur den Auftakt zur vollständigen Enteignung aller bürgerlichen Schichten. Banken, Industrie, Gewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Gastronomie wurden bis 1971 unter staatliche Kontrolle gezwungen. Es focht die Machthaber nicht an, dass die Maßnahmen zu einer geringeren Produktivität der Landwirtschaft in dem hungernden Land führten. Den verbliebenen mittleren Bauern wurden nun immer höhere Zwangslieferungen auferlegt, die viele nicht erwirtschaften konnten. Um der drohenden Haft zu entgehen, setzte bereits um 1950 eine ständig wachsende Fluchtbewegung in die junge Bundesrepublik ein.

Die verlassenen Höfe und die wirtschaftsschwachen Neubauern bildeten dann den Grundstock für die zu gründenden Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Auch hierbei wurde nicht versäumt, alle Fehler der Sowjetunion zu wiederholen. Noch immer stand die Landbevölkerung dem kommunistischen Regime innerlich ablehnend gegenüber, noch immer hatte die Kirche in den Dörfern Einfluss, noch immer lebten alte dörfliche Traditionen und hielten die Familien zusammen. Dem sollte durch eine ideologische Offensive begegnet werden. Unter dem Slogan „Industriearbeiter auf's Land“ wurden Parteisoldaten in die Dörfer geschickt. Sie wurden – meist ohne Qualifikation – zu LPG-Vorsitzenden, Parteisekretären und Direktoren der gegründeten Maschinen- Ausleihstationen, den späteren MTS und KfL. Es kam, wie es kommen musste: Die wirtschaftliche Lage der LPG'n verschlechterte sich von Jahr zu Jahr trotz staatlicher Stütze, trotz bevorzugter Belieferung mit Dünger, Saatgut etc., während die verbliebenen Bauern sich einigermaßen konsolidieren konnten. Dieser Zustand sollte verändert werden. Durch die Zwangskollektivierung 1960 wurden alle Vorräte, Vieh und Inventar der Bauern in die LPG'n übernommen. Wer nicht im ersten Anlauf unterschrieb, wurde mit plumper Erpressung, Nötigung oder Haft gezwungen.

Die Fluchtbewegung erhielt einen weiteren Auftrieb. Die wenigen, denen es gelungen war, sich in eine LPG Typ 1 zu retten, wurden im Lauf der 70-er Jahre eingefangen. Die emotionale Bindung an den Boden und das Erbe der Vorfahren, das Arbeitsethos und Fachwissen und Erfahrung der gezwungenen neuen Genossenschaftsmitglieder führten zu einer erkennbaren Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der LPG'n. Angesichts der Aussichtslosigkeit des bäuerlichen Berufs und Berufsstandes wandte sich jedoch die junge Generation von der Landwirtschaft ab und ging in andere Berufe; das wird uns wieder begegnen, wenn wir die Situation 1990 beleuchten. Während in den Folgejahren die Produktion langsam stieg, blieb sie dennoch unter dem Niveau vergleichbarer nicht kommunistischer Länder. In den Dörfern verfielen die verlassenen Höfe und Gutshäuser, Parks verwilderten und die Produktion fand ohne Rücksicht auf Natur und Umwelt statt. Wie in allen Bereichen galt auch in der Landwirtschaft die Kommandowirtschaft: Partei und Staat legten fest, wer was zu produzieren hatte, wo ein Stall gebaut werden sollte, auf welchem Feld die Mäh-

drescher eingesetzt wurden usw. Das alles fand mit den Erscheinungen der Mangelwirtschaft statt. So fehlten immer Ersatzteile, Futtermittel, Dünger u.v.m. Viele Betriebe hatten einen „Organisator“ der nur umherfuhr und im Tauschhandel fehlende Dinge „organisierte“. In der DDR wurde ein viel zu hoher Viehbestand aufgebaut, der vorrangig dem Export diente. Das dafür benötigte Futter musste allerdings importiert und mit harter Währung bezahlt werden. Sehr einfach ließ sich errechnen, wie hoch der Verlust beispielsweise bei jedem Fleischexport war. So wie hier wurde überall gewirtschaftet und damit ging die DDR ihrem Ruin entgegen. Später wurde bekannt, dass sie bereits 1987 de facto pleite war. Bei allem Respekt und der Anerkennung des Muts der hunderttausenden Demonstranten 1989 war die wirkliche Ursache des Verschwindens der DDR ihr wirtschaftlicher Ruin. Dasselbe galt natürlich auch für die Sowjetunion, nur hatte dort Gorbatschow die Lage erkannt und versuchte, durch Reformen gegenzusteuern. Deshalb unterstützte er auch die Betonköpfe in der DDR nicht mit sowjetischen Truppen, wie es 1953 geschah.

Noch zur Jahreswende 1989/1990 stellte ich mir den Weg zur deutschen Einheit langwierig vor, jedoch war die Gestaltung einer demokratischen DDR unmittelbare Aufgabe. Dazu gehörte die Wiederherstellung des Eigentums und der Eigentumsrechte als Basis einer freien Gesellschaft und der Aufbau demokratischer Gesellschaftsstrukturen.

Und nun komme ich wieder zum ersten Gespräch mit meinem Freund Kurt Klamroth und dessen Inhalte:

Basis für die Schaffung bäuerlicher Strukturen kann nur das Eigentum an Grund und Boden sein. Das Enteignungsunrecht ist rückgängig zu machen (bei Sonderregelungen für neu begründete Eigentums- und Heimatrechte).

Die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften sollen mit ordentlicher Bilanzierung aufgelöst und die Anteile den Mitgliedern ausgehändigt werden. In diesem Sinne traten wir sowohl in der CDU als auch in zahlreichen ländlichen Versammlungen auf. Viele LPG-Mitglieder wussten, dass ihre ursprünglichen Betriebe, inzwischen zu klein waren, um wirtschaftlich betrieben zu werden. Ihnen empfahl ich, sich nach Auflösung der LPG mit anderen Bauern nach deutschem Genossenschaftsrecht neu zusammenzuschließen. Ein weiteres Problem, auf das ich oben hinwies, kam hinzu: Die Generation der 1960 Zwangskollektivierten war inzwischen alt geworden und die nächste Generation hatte der Landwirtschaft vielfach den Rücken gekehrt. In diesen Fällen bot sich eine Verpachtung oder Verkauf an einen Wieder- oder Neueinrichter an.

Für die schwierigen und komplexen bevorstehenden Maßnahmen wurde dringend eine Interessenvertretung gebraucht, um nicht von den alten SEDKadern überrollt zu werden, die sofort daran gingen, die bestehenden Großbetriebe an sich zu reißen. Dabei wurde mit Erpressung, Drohung und Bilanzfälschung vorgegangen. Leider hatte sich der Deutsche Bauernverband schon frühzeitig den „Roten Baronen“ zugewandt. Als Kurt Klamroth vorschlug, das Landvolk zu gründen, sagte ich ihm meine Unterstützung zu. Daraus wurde dann der heutige Deutsche Bauernbund. Unter seiner Führung konnte dieser Verband viele Betrügereien aufdecken, Gesetze anstoßen und Landwirte beraten. Diesem Verband ist es zu verdanken, dass wir heute in Sachsen-Anhalt über zweitausend bäuerliche Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe haben. Wie die Vermögensauseinandersetzungen und die Anwendung des Landwirtschaftsanpassungsgesetzes in der Praxis verliefen, wurde vom Bauernbund vielfach publiziert und angeprangert. Deshalb möchte ich mir Ausführungen dazu ersparen.

Aber es gab noch ein weiteres historisch einmaliges Problem, bei der Neugestaltung einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft auf dem Gebiet der ehemaligen DDR:

Noch immer habe ich die Stimme Adenauers im Ohr, wenn ich ihn als Kind aus unserem kleinen Volksempfänger sinngemäß sagen hörte: Liebe Brüder und Schwestern in der „Soffjetzone“ haltet aus, die Einheit in Freiheit, Frieden und Gerechtigkeit wird kommen, das kommunistische Unrecht wird wiedergutmacht werden. Als ich im März 1990 Mitglied der X. Volkskammer und des Ausschusses für Deutsche Einheit wurde, war für mich unumstößlich, dass die Enteignungen rückgängig gemacht werden mussten. Auch Kurt Klamroth setzte sich unermüdlich dafür ein. Sehr bald wurde uns in der CDUDA-Fraktion von Lothar de Maiziere bedeutet, dass an der Bodenreform nicht gerüttelt werde dürfe. Zunächst war das wohl mit Rücksicht auf die Koalition zu erklären,

denn es gab viele Abgeordnete, die noch immer den Heiligenschein sahen, mit dem die kommunistische Propaganda über Jahrzehnte diesen Terrorakt verbrämte. Allerdings konnte ich in der Fraktion eine Gruppe von über vierzig Abgeordneten ausmachen, die wie ich dachten.

Im Ausschuss wurden wir regelmäßig über den Verhandlungsstand zum Einigungsvertrag unterrichtet und mussten schon sehr bald hören, die Sowjetunion habe ein Junktim zwischen ihrer Zustimmung und dem Bestand der unter ihrer Hoheit getroffenen Maßnahmen hergestellt. Diese Position wurde dann als unabänderlich dargestellt. Demzufolge hielt ich in der Debatte über den Einigungsvertrag zur Eigentumsfrage einen Beitrag, der eher nichtssagend war, weil ich keineswegs die Einheit als übergeordnetes Ziel gefährden wollte. Merkwürdigerweise hat später Gorbatschow mehrfach erklärt, eine solche Bedingung habe es nicht gegeben und der Verhandlungsführer der DDR, der damalige Staatssekretär Günter Krause erklärte das ebenso an Eidesstatt. Wer hat nun gelogen? Bis heute wurde das nicht aufgeklärt. Aber es gab eine Möglichkeit, Gerechtigkeit herzustellen, denn dem künftigen gesamtdeutschen Bundestag war eingeräumt worden, eine Entschädigungsregelung zu treffen. Diese hätte eine Entschädigung durch Rückgabe sein können mit Ausnahme der Teile, an denen in Treu und Glauben neue Eigentumsrechte entstanden waren, hier hätte eine Geldentschädigung erfolgen können.

Wie Sie alle wissen, wurde dann das Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz verabschiedet, das eher als eine Verspottung der Geschädigten anzusehen ist. Beschämend empfand ich, dass auch die damaligen CDU-Abgeordneten der Landesgruppe Sachsen-Anhalt dem zustimmten. Nach meinem Verständnis wurde damit wenige Zeit nach der Wiedervereinigung der Geist des Grundgesetzes verraten. Als auf meine Bitte der damalige Staatssekretär Robra während des ersten Verfahrens vor dem Verfassungsgericht meine Sicht der Dinge mit Hinweisen auf die negativen Auswirkungen auch in Sachsen-Anhalt vorgetragen hatte, war das für den damaligen Bundesjustizminister Kinkel Anlass, wenige Tage später während einer Sitzung in Bonn mich an der Krawatte zu greifen und zu schütteln. Mit einer Rückgaberegulierung würden viele unserer Dörfer noch schöner aussehen und wäre der Bodenspekulation nicht so weiter Raum eröffnet worden.

Und damit komme ich zum nächsten Schwerpunkt einer verdienstvollen und schwierigen Arbeit des Bauernbundes unter Kurt-Henning Klamroth:

Nachdem die früheren Parteisekretäre und LPG-Vorsitzenden es geschafft hatten, durch falsche Versprechungen, Bilanztricks und gesellschaftsrechtliche Umbildungen die meisten Großbetriebe an sich zu reißen, konnten sie im weiteren Verlauf der Entwicklung auch zunehmend Eigentümer der landwirtschaftlichen Flächen werden, was durch die Vergabep Praxis der BVVG noch unterstützt wurde. Als nach der Jahrtausendwende das Erneuerbare Energien-Gesetz (EEG) verabschiedet wurde, begann eine zunehmende Spekulation mit Landwirtschaftsflächen einzusetzen. Die Einnahmen aus Windoder Solarparkflächen wurden lukrativer als die landwirtschaftliche Nutzung.

Als nach der Finanzkrise 2007/2009 die EZB zur Rettung der Banken und Alimentierung von bankrotten Staaten ihre -zumindest rechtlich fragwürdige-Nullzinspolitik begann, wurde der Spekulationsdruck auf den Grund und Boden durch gewaltige vagabundierende Geldmengen massiv erhöht. Das führt dazu, dass heute kein mittelständischer Bauer die Bodenpreise unter wirtschaftlichen Aspekten bezahlen kann.

Inzwischen sind die „Roten Barone“ alle im Rentenalter. Den Lebensabend vergolden sie sich nun in ganz besonderer Weise mit den sogenannten share deals. Sie verkaufen Anteile ihrer GmbH's, oder Aktiengesellschaften an Finanzinvestoren und umgehen damit alle Regelungen des landwirtschaftlichen Bodenrechts. Riesige Landwirtschaftsflächen sind nun in der Hand reicher Familiendynastien, Energiefirmen, Autohändlern, Lebensmittelketten usw. Damit geschieht ein Kulturbruch: Über Jahrhunderte war bäuerliche Wirtschaft in enger Bindung an den eigenen Grund und Boden bestimmend für die dörfliche Kultur und das Landleben. Diese Tradition wird jetzt nur von den mittelständischen bäuerlichen Familienbetrieben fortgesetzt. Bei Fortbestehen der gegenwärtigen Rechtslage wird diesen Betrieben die Existenzgrundlage entzogen. Lieber Kurt, ich erinnere mich an einen Ausspruch von Dir, Du sagtest "Die Kirche muss im Dorf bleiben" und meinstest das nicht im bekannten übertragenen Sinne sondern ganz wörtlich. Die Kirche als Sinnbild der bäuerlich

geprägten dörflichen Lebensgemeinschaft, zu der das Engagement in der Feuerwehr, das Vereinsleben, die Mitwirkung im Gemeinderat, der Einsatz für Natur- und Umwelt ebenso gehören. Die gegenwärtige Entwicklung der Trennung landwirtschaftlicher Produktion vom dörflichen Leben wird zu gravierenden Veränderungen führen. Natürlich werden die in landwirtschaftsfremdem Eigentum befindlichen Flächen weiterhin bewirtschaftet, aber den Bauern mit eigenem Grund und Boden, verwurzelt im Heimatdorf, der im Einklang mit Natur und Umwelt lebt und arbeitet, wird es dann nicht mehr geben. Im Umfeld urbaner Siedlungen werden Schlafdörfer entstehen, die Dörfer in dünn besiedelten Regionen werden verfallen. Gegen diese fatale Fehlentwicklung kämpft der Bauernbund seit Jahren. Abhilfe könnte ein Agrarstrukturgesetz schaffen, das Anteilskäufe, die mit Bodenbesitz verbunden sind, reguliert. Ich finde es skandalös, dass der letzte Landtag auseinanderging, ohne den seit langem vorliegenden Gesetzentwurf abschließend zu beraten und zu verabschieden. Der neue Landtag wird geraume Zeit benötigen, bis er sich dem Thema zuwenden kann. Damit geht wertvolle Zeit verloren und werden bäuerliche Existenzen bedroht. Es fällt mir schwer, mit Blick auf Exponenten meiner eigenen Partei schlimme Gedanken zu verbannen.

Kurt Henning Klamroth führte den Kampf gegen diese Entwicklung in vorderster Linie. Seine Nachfolger treten nun in große Fußstapfen und werden sein Werk fortsetzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, heute würdigen wir einen Mann, der im besten Sinne des Wortes konservativ ist. Schon in seinen jungen Jahren hielt er an den Idealen von Freiheit und Demokratie fest, obwohl die reale Umwelt alles andere war. Er wirkte mit bei der Überwindung der kommunistischen Diktatur und stellte sich von Anfang an in den Dienst des Aufbaus eines freiheitlich-demokratischen Gemeinwesens.

Gleichzeitig begann er mit großem Mut eine bäuerliche Existenz erfolgreich aufzubauen. Er erkannte sehr früh die Notwendigkeit einer wirklichen Interessenvertretung, um den alten und neuen Seilschaften Paroli zu bieten. Politisch verortete er sich in der CDU; dort ist er noch immer ein wichtiger Warner und Mahner, wenn es darum geht, der Versuchung zu widerstehen, dem linken Zeitgeist zu folgen.

Der Schutz des Eigentums ist wesentliche Grundlage einer freien Gesellschaft. Eigentum an Grund und Boden ist Grundlage jeder bäuerlichen Existenz. Bäuerliche Strukturen sind Basis unserer über Jahrhunderte gewachsenen Dörfer. Und: Freiheit ist Vorbedingung einer Demokratie.

Für diese Zusammenhänge steht Kurt Henning Klamroth. Dank seiner Initiative entstand der Deutsche Bauernbund, dessen Aufgabe noch lange nicht erledigt ist, immer neuen Gefahren und Herausforderungen wird der bäuerliche Mittelstand ausgesetzt. Der Weg wird fortgesetzt werden.

Für sein Engagement sind ihm die Wieder- und Neueinrichter in den mittel- und ostdeutschen Ländern zu großem Dank verpflichtet. Insbesondere aber hat er in Sachsen-Anhalt vieles bewirkt und oft Schlimmes verhindert. Die Anwesenheit des Ministerpräsidenten ist eine herausragende Anerkennung seiner Leistung.

Am Ende einer solchen Rede wird in der Regel dem zu Ehrenden gute Gesundheit und ein geruhiges Älterwerden gewünscht. Das werde ich nicht tun. Gesundheit wünsche ich von ganzem Herzen, aber Ruhe wäre wesensfremd. Ganz sicher werden wir auch künftig die Stimme von Kurt Klamroth hören, wenn es um die Bewahrung von Freiheit, Demokratie und bäuerlicher Existenz geht.

Dafür wünsche ich Dir viel Kraft und Gottes Segen.

Impressionen

Ausblick über die zukünftige Verbandsstruktur von Martin Dippe, Vizepräsident des Bauernbundes Sachsen-Anhalt



Weitergabe einer Taschenuhr (ursprünglich vom Ehrenpräsidenten Helmut Müller), von Präsident a.D. Klamroth an die nachfolgende Generation



Unsere Ehrengäste



Dank vom Vorstand für die langjährige Arbeit

Weitere Veranstaltungen:

- Tag der Betriebswirtschaft der LLG am 03.11.2021
- Informationsgespräch zur VO über düngerechtliche Mitteilungspflichten am 06.09.2021 (Dippe)
- Regionalberatung im LK Harz zum Umgang mit Jakobs-Kreuzkraut im geschützten Grünland mit Futternutzung am 08.10.2021 (Klamroth, Valverde)
- 30 Jahre Ämter für Landwirtschaft am 09.09.2021 bei der LLG in Iden (Schwalenberg)
- Verbändeanhörung des BMEL zur Agrarreform (Direktzahlungsgesetz und Konditionalitätengesetz) am 14.10.2021 (Valverde)
- Gutachterausschuss AFP und Junglandwirteförderung am 03.11.2021 (Schwalenberg)
- Vorstellung der Grundwassergütemessstellen durch den LHW, regionsweise einmal pro Monat (Schwalenberg, Valverde, Betroffene)
- ELER - Begleitausschuss am 05.10.2021 (Valverde)
- Branchentreff der AMG am 17.11.2021 in Magdeburg (Grußwort des Vizepräsidenten Martin Dippe)
- Zukunftsdialog der AMG am 18.11. Burg Wanzleben (Schwalenb.)
- Verbändekonferenz zum Klima- und Energiekonzept S.-Anhalt am 02.12.2021(online, Valverde)
- Verbändegespräch zur Mittelverteilung Sachsen-Anhalt am 03.12.2021, online, (Valverde, Dippe, Achilles)



Landeserntedankfest im Elbauenpark am 18./19.09.2021



Fürbitte beim Erntedankgottesdienst auf der Seebühne



Herzlichen Glückwunsch zu Platz 1 beim Erntekronenwettbewerb an unseren Mitgliedsbetrieb Frau Ahlers; erstmals gab es auch Erntekränze



Interview mit den Präsidenten der Bauernverbände, erster offizieller Auftritt des neuen Ministers für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten

Kann das Insektenschutzgesetz Insekten schützen?

aus: *agrar aktuell, Newsletter der Fakultät für Agrarwissenschaften der Georg-August-Universität Göttingen SS 2021*

Mitte Februar hat das Kabinett ein sogenanntes „Insektenschutzgesetz“ beschlossen. Kernpunkte sind Einschränkungen für den Einsatz von chemischen Pflanzenschutzmitteln entlang von Gewässern und in Schutzgebieten sowie ein Verbot des Herbizid Wirkstoffs Glyphosat zum 1. Januar 2024. Aus der Landwirtschaft, aber auch aus Teilen der Politik wurde der Entwurf kritisiert. Auszüge aus einem Interview von Susanne Günther mit Prof. Dr. Andreas von Tiedemann von der Universität Göttingen über das Gesetz, seine Begründung und das schwierige Verhältnis von Wissenschaft und Politik.

Die Bundesumweltministerin Svenja Schulze hat kürzlich verkündet, dass jetzt die Insekten durch ein Gesetz geschützt werden. Würden Sie das bestätigen, dass die im Insektenschutzgesetz festgelegten Regeln Insekten schützen?

Diese gesetzliche Maßnahme steht auf sehr schwachen Füßen und ist **wissenschaftlich nicht hinreichend untermauert**. Betrachtet man die Studienlage, sieht man, dass ein direkter Zusammenhang zwischen Pflanzenschutzmitteleinsatz und Veränderung der Insektenpopulationen nicht nachgewiesen ist. Selbst die vielzitierte Krefelder Studie behauptet das übrigens nicht, zumal sie sich ja auch nicht auf agrarisch genutzte Flächen bezieht. Um es deutlich zu sagen: Wir sehen auf Flächen, auf denen wir seit Jahrzehnten Insektizide einsetzen, keinen Rückgang selbst bei den Insektenarten, gegen die sich der Insektizideinsatz gezielt richtet, sondern eher das Gegenteil. Im Raps beispielsweise haben die Insektenpopulationen trotz jahrelangen Einsatzes von Insektiziden nicht abgenommen, sondern zugenommen, und zwar weltweit. Wir haben gerade eine Studie erstellt, die ausweist, dass wir auf der ganzen Welt mehr als dreißig Schadinsektenarten im Raps haben und davon haben über die Hälfte in den letzten 20 Jahren zugenommen — trotz des dort praktizierten Pflanzenschutzmitteleinsatzes. Und das betrifft übrigens auch die Nützlinge. Auch die Nützlingspopulationen haben nicht abgenommen. Das zeigen zum Beispiel Zahlen aus Mecklenburg-Vorpommern über Laufkäferpopulationen seit den 80er Jahren. Vom Julius-Kühn-Institut gibt es aktuelle Zahlen, die hohe Parasitierungsraten von Schaderregern in Rapsfeldern durch Nützlinge ausweisen, die ebenfalls keinen Trend zeigen. Die These, dass die natürliche Bio-Kontrolle außer Kraft gesetzt sei, trifft somit nicht zu. Das Julius-Kühn-Institut hat Parasitierungsraten von mehr als 80 Prozent festgestellt. Und trotzdem schießen die Populationen der Schaderreger noch über die Schadensschwelle hinaus. Aus dem Ganzen kann man ableiten, dass eine grundsätzliche Gefährdung der Insektenpopulationen außerhalb der Behandlungsflächen wenig plausibel ist. Denn wenn wir auf der Behandlungsfläche nach langjährigem Einsatz keine Rückgänge feststellen, dann stellt sich die Frage, wie Pflanzenschutzmittel außerhalb der Behandlungsflächen, wo sie, wenn überhaupt, in äußerst geringen Dosen vorkommen, zu maßgeblichen Insektenrückgängen führen sollen. Das ist höchst unwahrscheinlich, abgesehen davon, dass es nicht gemessen worden ist.

Stimmt die allgemeine Wahrnehmung, dass die Insekten-Populationen am Zusammenbrechen sind?

Global lässt sich ein Insektenrückgang nach der Studienlage **nicht bestätigen**. Es gibt zwei neue Studien, die ich für ganz wichtig halte, weil sie den Stand des Wissens am umfassendsten wiedergeben. Eine davon ist im April letzten Jahres in *Science* erschienen. Hauptautor ist Roel van Klink [<https://science.sciencemag.org/content/368/6489/417.full>]. Es handelt sich um eine große Metaanalyse, die sich mit den Veränderungen der Population von aquatischen und terrestrischen Insekten beschäftigt und 166 verwertbare Langzeitstudien zusammenfasst, die weltweit gemacht worden sind. Die Hauptaussage dieser Untersuchung ist, dass sich die aquatischen Insekten in den letzten 50 Jahren — um 1960 etwa fangen die Zeitreihen an — weltweit deutlich vermehrt haben, und zwar in einer höheren Rate, um etwa 11 Prozent, als die terrestrischen Insekten, die tatsächlich weltweit etwas rückläufig sind, und zwar um circa 9 Prozent. Aber wenn man es als gesamtes Bild betrachtet, muss man sagen: Die Trendlinie ist insgesamt null, Die Aussage, es gäbe einen globalen Insektenrückgang, lässt sich so nicht treffen. Der wird nur in Europa festgestellt in Bezug auf terrestrische Insekten. Aber hier ist die Studienlage immer noch lückenhaft. Interessant an den Zahlen aus *van Klink* ist aber, dass die negativen Trends, die man tatsächlich in

einigen Bereichen hat, sich seit den 90er Jahren abschwächen. Es ist also nicht so, dass diese Trends in den letzten 20 bis 25 Jahren stärker werden, sondern sie werden schwächer. Und das widerspricht der These, dass wir ein zunehmendes Problem hätten.

Die zweite Studie stammt von Michael Crossley und Kollegen [<https://www.nature.com/articles/s41559-020-1269-4>] und ist in „Nature Ecology & Evolution“ erschienen. Darin werden Datenreihen aus Nordamerika zusammengefasst. Für diese Arbeit wurden natürliche und vom Menschen beeinflusste Standorte berücksichtigt. Die Autoren kommen zu der Aussage, dass es in den letzten 40 Jahren eine hohe Stabilität der Insektenpopulationen gegeben hat und kein Trend zu erkennen ist. Auch diese Studie weist darauf hin, dass in den letzten zwei Jahrzehnten die Trends eher positiver geworden sind. Diese sehr umfassende Studienlage unterstützt auch die generelle Auffassung nicht, dass die zunehmende Intensivierung der Landwirtschaft eine wesentliche Ursache für veränderte Insektenabundanzen ist. Dieser Annahme widersprechen auch die Zahlen der langjährigen SYNOPS-Bewertungen, die eine deutliche Verminderung der Umweltwirkungen von Pflanzenschutzmitteln seit 1987 ausweisen, die übrigens allein auf technischen Fortschritten in der Wirkstoffentwicklung und nicht auf einer pauschalen quantitativen Anwendungsreduktion beruht.

*Das führt mich zu einem Stichwort, was demnächst auch wieder aktuell werden wird: das leidige Thema **Glyphosat**. Die Genehmigung läuft noch bis Ende 2022. Der Antrag auf Verlängerung der Genehmigung ist gestellt. Noch in diesem Jahr werden öffentliche Konsultationen stattfinden. Haben Sie Hoffnung, dass eine sachliche Debatte stattfinden wird, oder ist da Hopfen und Malz schon verloren?*

Ich fürchte, dass es auch jetzt **keine sachliche Debatte** geben wird. Eine solche gibt es nicht mehr seit Interessengruppen gemerkt haben, dass das ein hochsensibles Thema ist, das man für seine eigenen Zwecke nutzen kann. Und es wird eben genutzt. Nach den gezielten Kampagnen gegen die Gentechnik und neonicotinoide Insektizide ist Glyphosat ein weiteres Kampagnenziel. Wir haben es hier mit ‚Graswurzelbewegungen‘ zu tun, die für eine Demokratie ohne Zweifel ein wichtiges Element sind. Kritisch wird es aber, wenn sie alleinigen Einfluss auf politische Entscheidungen gewinnen, sich Teile der Wissenschaft Ihnen anschließen und so diesen Entscheidungen eine scheinbar wissenschaftliche Begründung liefern. Man könnte hier auch eine Strategie vermuten: Die wesentlichen Stützen der produktiven Landwirtschaft werden ins Visier genommen. Es scheint diesen Interessengruppen nicht unangelegen zu sein, damit die **produktive Landwirtschaft zu schwächen** und ihren zunehmenden Vorsprung vor der Bio-Landwirtschaft zu reduzieren.

Die Erträge stagnieren im Öko-Landbau.

Der Abstand zu konventionell wird eher größer. Wenn man jetzt aber die wesentlichen Produktivitätsgaranten aus der Toolbox der konventionellen Landwirtschaft eliminiert, dann reduziert man diesen Vorsprung. Was die Zulassungsverlängerung von Glyphosat angeht, werden es die Glyphosatgegner angesichts der recht eindeutigen Studienlage allerdings nicht leicht haben. Es sind vier Rapporteur Member States bestimmt worden, um das Verfahren auf noch breitere Füße zu stellen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die EFSA bei einer Neubewertung zu einem negativen Votum kommen wird, zumal, wenn alle Zulassungsbehörden der Welt von Kanada bis Argentinien und von Japan bis Australien und USA zu dem gleichen Votum kommen, nämlich, dass nach den heute gültigen Kriterien Glyphosat zuzulassen ist. Es wird für die Politik sehr schwierig werden, weil ich glaube, dass die Dossiers ein Verbot nicht hergeben werden. Es wird also möglicherweise zu einer politischen Entscheidung kommen, da enormer Druck aufgebaut worden ist. Wenn das aber eintritt, wäre dies das offensichtliche Ende eines fakten- und wissenschaftsbezogenen Zulassungsverfahrens.

Die Kommune, in der ich wohne, hat auf öffentlichen Flächen statt Glyphosat einen Reiniger eingesetzt, der einen Wirkstoff enthielt, der als Biozid und Pflanzenschutzmittel-Wirkstoff aus Gründen mangelnder Anwendersicherheit nicht mehr zugelassen ist. Das ist eine Verschlimmbesserung, oder?

Ja, das wird allgemein der Effekt sein: Man kann über Glyphosat reden, wie man will, die Alternativen werden meistens ökologisch schlechter sein. Genauso ist es bei der Beizung: Das Verbot der Insektizid-Beizung hat zu einem vermehrten flächigen Einsatz von Insektiziden und einer Zunahme des Risikos für Nichtzielorganismen geführt. Das ist auch eine Antwort auf Ihre Frage vom Anfang: Werden die Verbote, die mit dem Insektenschutzgesetz kommen, den Insekten nützen? Der erste Teil meiner Antwort lautet: Zuerst muss dieser Zusammenhang einmal dargestellt werden. Ich will ihn nicht völlig in Abrede stellen, aber er ist einfach nicht dargestellt. Es fragt sich, warum man ihn dann zur Grundlage eines Gesetzes

macht. Eins steht fest: Gesetze, die auf Faktoren abzielen, die nicht ursächlich für den Insektenrückgang sind, werden wirkungslos sein. Sie werden nur die Landwirtschaft belasten, vor allem deren Produktivität und Wirtschaftlichkeit. Die zweite Antwort ist: Es ist jetzt schon absehbar, dass die Maßnahmen, die aus diesem Gesetz resultieren, eher zu einer Verschlechterung für Insekten führen werden. Die Bodeninsekten werden auf jeden Fall darunter leiden, denn die Alternativen zu Glyphosat bestehen vielfach in einer intensiveren Bodenbearbeitung. Ähnlich negative Effekte werden der Rückgang des Rapsanbaus oder des Zwischenfruchtanbaus haben.

Mulch- und Direktsaat, wo in der Regel Glyphosat zum Einsatz kommt, sollen für Käfer-Populationen eher positiv sein?

Ja sicher, das ist durch verschiedene Untersuchungen belegt. Sie können davon ausgehen, dass bei einer Pflug-basierten Ackerkultur gegenüber Mulchverfahren eine Reduktion der Regenwürmer um über 80 Prozent eintreten kann. Das zeigen die Zahlen aus verschiedenen Regionen. Und bei den Populationen von Bodenarthropoden ist es ähnlich. Die Mulchdecke bietet Habitate für Insekten. Deswegen wäre meine Forderung als Wissenschaftler jenseits von allen ideologischen Grabenkriegen: Warum bewerten wir eigentlich nicht die tatsächlichen ökologischen Wirkungen von Maßnahmen, unabhängig davon, ob sie nun chemisch, mechanisch, vorbeugend oder direkt sind. Das ist doch eigentlich egal. Die Frage ist: Was tun sie wirklich? Das wäre mein Vorschlag. Und dann wird man in vielen Fällen zu sehr gemischten Lösungen kommen mit Werkzeugen aus beiden Lagern. Nicht begründete Verbote und die Polarisierung zwischen biologisch und konventionell führen uns nicht weiter.

Das vollständige Interview findet sich unter: <https://www.salonkolumnisten.com/wenn-wissenschaft-aufhoert-dinge-zu-hinterfragen-verlieren-wir-den-fortschritt/>

Korrekte Entschädigung

Immer wieder erreichen uns Fragen zu Ausgleich- und Entschädigungszahlungen, sei es im Zusammenhang mit Leitungsbau, Stromtrassen, Flächenentzügen o.ä. Nicht immer sind die ermittelten Richtwerte nachvollziehbar.

Im folgenden ist die Herangehensweise bei der Erarbeitung eines Gutachtens erläutert und worauf die Gutachter insbesondere achten müssen.

Landwirte müssen die Gutachterarbeit verstehen, um die Wertermittlung bei Entschädigungen nachvollziehen zu können und um eine hohe Qualität ggf. fundierter Korrekturen zu fordern. Sie sollten daher darauf achten, dass ein Gutachten für die Entschädigungsermittlung logisch aufgebaut, objektiv, transparent und nachvollziehbar und der allgemeinen Bewertungspraxis entsprechen muss. Daraus folgt, dass ausgehend von den feststehenden und bekannten Daten unter Zuhilfenahme geeigneter Berechnungen und Beweisführungen der gestellte Auftrag der Enteignungsbehörde objektiv erfüllt wird. Subjektive Vorgaben und Wünsche kann und darf ein Sachverständiger nicht berücksichtigen. Sehr wesentlich ist eine eindeutige Beschreibung des erteilten Auftrages und der zu berücksichtigenden Rechtsgrundlagen, (insbesondere der Landwirtschaftsrichtlinien 2019) und/oder weitere spezifische Besonderheiten, die für eine Flächenbewertung notwendig sind. Letzteres betrifft z. B. die Bonität einer Ackerfläche, deren Lage sowie weitere betriebswirtschaftliche Faktoren (Mehrkosten, Gewinnausfall). Alle notwendigen Daten und Informationen sind dafür zu beschaffen und zu berücksichtigen.

Wichtig ist die Darlegung der angewandten Taxationsmethoden, die auch **begründet werden muss**. Der Umfang der notwendigen Arbeiten bei einer Entschädigungsermittlung infolge Flächenentzug wird bereits bei eingehender Betrachtung des § 194 BauGB und der Landwirtschaftsrichtlinien 2019 deutlich. Gern. § 194 BauGB wird der Verkehrswert durch den Preis bestimmt, der in dem Zeitpunkt, auf den sich die Ermittlung bezieht, im gewöhnlichen Geschäftsverkehr nach den rechtlichen Gegebenheiten und tatsächlichen Eigenschaften, der sonstigen Beschaffenheit und der Lage des Grundstückes oder des sonstigen Gegenstandes ohne Rücksicht auf ungewöhnliche oder persönliche

Verhältnisse zu erzielen wäre. Entsprechend den Landwirtschaftsrichtlinien von 2019 sind bei einem Flächenentzug Entschädigungen möglich für:

- den Substanzverlust
- den betrieblichen Sonderwert
- die Restbetriebsbelastung
- An- und Durchschneideschäden
- die Umwegeentschädigung.

Der **Substanzverlust** entsteht durch einen dauerhaften Entzug einer landwirtschaftlichen Fläche. Gegebenenfalls sind auch zeitweilig benötigte Flächen und Austauschflächen in die Taxation einzubeziehen.

Ein **betrieblicher Sonderwert** liegt vor, wenn — bedingt durch die Hofnähe der Flächen — durch den Flächenverlust ein betriebswirtschaftlicher Nachteil bei den Produktions- und Wegekosten entsteht. Der betriebliche Sonderwert ist eine Entschädigungsposition, wenn die Verzinsung aus der Substanzentschädigung geringer ist als der Deckungsbeitrag aus der Bewirtschaftung der Entzugsfläche.

Ein **Anschneideschaden** liegt vor, wenn nur ein Teil einer Fläche abgetrennt wird. Von einem Durchschneideschaden wird gesprochen, wenn eine Fläche durch die geplante Straße in zwei Teile getrennt wird.

Eine **Umwegeentschädigung** entsteht, wenn zu den Austauschflächen und/oder durchschnittenen Flächen Mehrwege gegenüber der ursprünglichen Situation entstehen

Der **direkte Preisvergleich** ist aufwändig, sehr genau und nachprüfbar. Auf den **indirekten** Preisvergleich sollte nur zurückgegriffen werden, wenn nicht genügend geeignete Kaufpreise für vergleichbare Flächen vorliegen. Die Ersatzlandbewertung erfolgt ebenfalls im Vergleichsverfahren. Die Bewertung landwirtschaftlicher Gebäude erfolgt entweder mittels Sachwertverfahren oder für gewinnorientierte Gebäude mittels Ertragswertverfahren.

Die Ersatzlandbewertung erfolgt ebenfalls im Vergleichsverfahren. Die Bewertung landwirtschaftlicher Gebäude erfolgt entweder mittels Sachwertverfahren oder für gewinnorientierte Gebäude mittels Ertragswertverfahren. Bei der Sachwertermittlung ist vor allem auf die Anwendung zutreffender Normalherstellungskosten 2020 zu achten. Für diese muss aber der Katalog mit den Gebäudetypen weiter spezifiziert werden. Die Auswahl zutreffender Preise ist immer auch eine Einzelfallentscheidung des Sachverständigen. Unumgänglich ist die Vornahme einer Marktanpassung sowie weiterer Zu- und Abschläge, um einen relevanten Verkehrswert feststellen zu können. Bei der Anwendung des Ertragswertverfahrens ist vor allem auf die Nachhaltigkeit erzielbarer Roherträge und eine exakte Strukturierung der Bewirtschaftungskosten zu achten. Ggf. sind anlagebedingte Aufwendungen, wie Abschreibungen, und Instandhaltungsaufwendungen zu berücksichtigen. Der anzusetzende Liegenschaftszinssatz muss angemessen sein und der Kapitalverzinsung von derartigen Immobilien entsprechen.

Die Entschädigungen für den Substanzverlust, den betrieblichen Sonderwert, die Restbetriebsbelastung, den An- und Durchschneideschaden und die Umwege sollte der Landwirt im Auge haben. Unter Substanzentschädigung ist der auf Basis des Vergleichsverfahrens ermittelte geldmäßige Betrag als Ausgleich für den Flächenverlust zu verstehen. Im Unterschied dazu bezieht sich der betriebliche Sonderwert ausschließlich auf den Lagevorteil der betroffenen Grundstücke zur landwirtschaftlichen Hofstelle. Ein betrieblicher Sonderwert in Form von Produktions- und Wegekostenvorteilen liegt aber nur vor, wenn: 1. dieser nicht bereits in der Verkehrswertentschädigung berücksichtigt wurde und 2. eine Rechtsposition betroffen ist. Die Position »betrieblicher Sonderwert« ist dann als eine Rechtsposition anzusehen, wenn eine Fläche aus der Betriebseinheit herausgelöst wird und wenn die rechtlich gesicherte Position, auf die der gesunde Grundstücksverkehr reagiert, betroffen wird. Der gesunde Grundstücksverkehr reagiert auf rational erfassbare Gesichtspunkte, wie z. B. die Lage der Grundstücke zu den Hofgebäuden, die auch den Gesamtbetriebsertrag beeinflussen (z. B. hofangrenzende Grundstücke mit betriebswirtschaftlichen Vorteilen; weite Feld-Hof-Entfernung mit betriebswirtschaftlichen Nachteilen). Der Hofanschluss basiert auf den

Wegstreckenvorteilen und den Produktionskostenvorteilen, die die Entzugsflächen aufgrund der Nähe zu den Hofgebäuden besaßen. Grundstücke, die sich aufgrund besonderer betriebswirtschaftlicher Vorteile wie z. B. Hofanschluss positiv auf einen eingerichteten landwirtschaftlichen Betrieb auswirken, besitzen einen über den **allgemeinen Verkehrswert hinausgehenden Wert**.

Soweit dieser besondere Lagevorteil nicht in der Verkehrswertentschädigung enthalten ist, muss er gesondert ermittelt werden. Begründet ist das durch die Tatsache, dass bei der Verkehrswertermittlung auf Basis des Vergleichswertverfahrens von Vergleichsgrundstücken ausgegangen wird, die sich in freier Feldlage befinden. Für diese Flächen besteht aber keine Nähe zum landwirtschaftlichen Hof. Mit der Entschädigung für den betrieblichen Sonderwert muss der betroffene Landwirt bildhaft in die Lage versetzt werden, sich ein gleichwertiges Grundstück in entsprechender Hoflage wiederbeschaffen zu können. Es ist allgemein bekannt, dass Grundstücksteilflächen, die zum Zwecke der Arrondierung des Betriebes oder zum Zwecke der Arrondierung bestimmter Grundstücke erworben werden, i. d. R. höhere Preise erzielen, als einzelne Grundstücke ohne diesen Arrondierungscharakter.

Bei der Einschätzung des Sonderwertes ist zwischen Hofanschlussflächen und hofnahen Flächen zu unterscheiden.

Bei Hofanschlussflächen fließen neben den betriebswirtschaftlichen Vorteilen auch noch marktbeeinflussende Elemente in die Wertfindung ein. Solche Elemente können sein: eine Abrundung des Betriebes, vielfältigere Nutzungsmöglichkeiten, Gesamtheit des Grundbesitzes. Allerdings handelt es sich hierbei um verkehrswertabhängige Faktoren, die aufgrund der fehlenden Marktdaten schwer zu quantifizieren sind. Deshalb wird der Hofanschlusszuschlag vielfach vom Verkehrswert abgeleitet. Dabei wird eine Fläche aber nur bis maximal 500 Meter zu den Hofgebäuden als hofnah einzustufen sein.

Entfernungen. Maßgebend ist die Entfernung der Entzugsflächen und nicht die des Grundbesitzes als Ganzes. Wirtschaftsflächen, die mit weiteren Grundstücken mit dem Hof verbunden sind, aber nicht durch einen eigenen Weg vom Hof aus bewirtschaftet werden, sondern über öffentliche Straßen und Wege angefahren werden müssen, sind keine Hofanschlussflächen. Diese Flächen sind als hofnahe Flächen zu bewerten, sofern sie nicht weiter als 500 Meter entfernt sind. Denn es gilt: Nur wenn die Entzugsflächen über eigene Wege zu erreichen sind, kommt der volle Produktionsvorteil des Hofanschlusses zum Tragen. Flächen, die sich in einer Entfernung von bis zu 50 Meter im Hofbereich befinden, werden mit einem Zuschlag zu den Produktions- und Wegekostenvorteilen berücksichtigt. Dieser Zuschlag ist gerechtfertigt, da neben diesen Vorteilen auch nicht berechenbare Vorteile, wie beispielsweise Möglichkeiten der Erweiterung der Hofstelle, vorliegen.

Nachdrücklich ist aber darauf hinzuweisen, dass bei Übernahme von Ersatzland der betriebliche Sonderwert entfällt. In diesem Fall erfolgt ein Ausgleich über die Umwegeentschädigung. Durch die Umwegeentschädigung werden die Ersatzflächen bildhaft an die Hofstelle herangeholt.

Restbetriebsbelastung bedeutet, dass die auf die Entzugsfläche entfallenden Festkosten vom Restbetrieb getragen werden müssen. Diese Belastung muss gesondert ermittelt werden, weil sie zu einem Erwerbsverlust führt. Dieser Erwerbsverlust betrifft eine Minderung des Roheinkommens des Betriebsleiters und der mitarbeitenden, nicht entlohnten Familienarbeitskräfte. Es ist klar, dass ein derartiger Verlust ausgeglichen werden muss, allerdings ist die Verzinsung aus der Substanzentschädigung dem Deckungsbeitragsverlust gegen zu rechnen. Die Restbetriebsbelastung kommt nur dann zum Tragen, wenn die Verzinsung geringer ist als der Deckungsbeitrag.

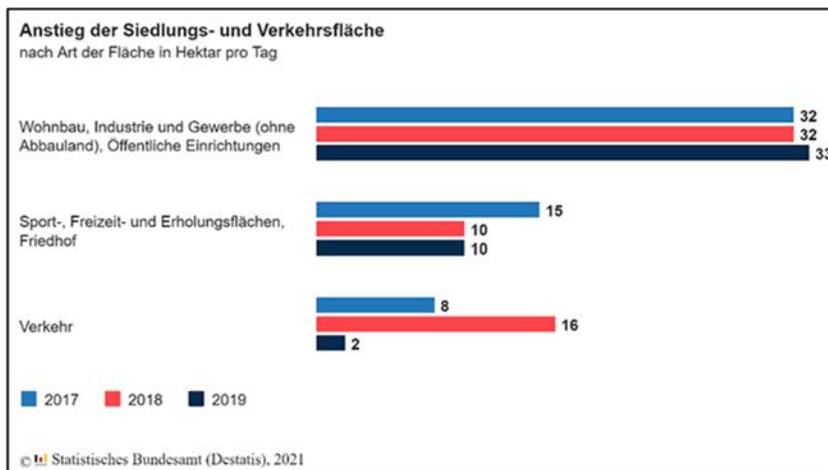
Quelle: BN 04/2021, (Fischer/Lorenz/Huber)

Siedlungs- und Verkehrsfläche wächst jeden Tag um 52 Hektar

(Von der ursprünglichen Zielstellung von 30 ha pro Tag im Jahr 2020 sind wir noch entfernt!)

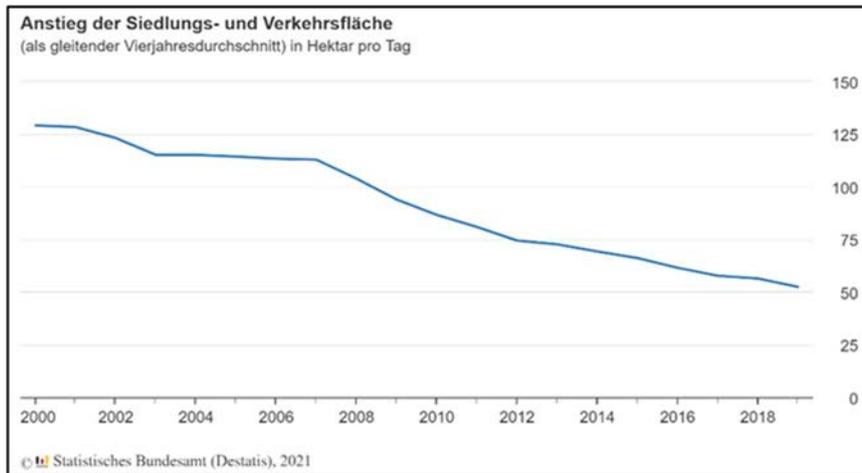
Die Siedlungs- und Verkehrsfläche in Deutschland ist im vierjährigen Mittel der Jahre 2016 bis 2019 durchschnittlich um rund 52 Hektar pro Tag gewachsen. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) weiter mitteilt, nahm der tägliche Anstieg damit um rund 4 Hektar gegenüber dem Vorjahresindikatorwert ab (56 Hektar pro Tag in den Jahren 2015 bis 2018). Ziel der Bundesregierung in der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie ist es, den durchschnittlichen täglichen Anstieg bis zum Jahr 2030 auf unter 30 Hektar zu begrenzen. Bis 2050 wird eine Flächenkreislaufwirtschaft angestrebt. Das heißt, es sollen dann netto keine weiteren Flächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke beansprucht werden.

Die Siedlungs- und Verkehrsfläche darf nicht mit „versiegelter Fläche“ gleichgesetzt werden, da sie auch unversiegelte Frei- und Grünflächen enthält. Dazu zählen beispielsweise alle den Gebäuden unmittelbar zugehörigen Flächen wie Haus- und Vorgärten oder Campingplätze. Auch Grünanlagen, Spielplätze und Friedhöfe zählen zur Siedlungs- und Verkehrsfläche.



Die Verkehrsfläche wuchs im Jahr 2019 lediglich geringfügig um 2 Hektar pro Tag. Ursachen hierfür könnten geringer dimensionierte Baumaßnahmen und die Rücknahme oder zeitliche Streckung von großen Neubauprojekten sowie Umwidmungen von Flächen in den Katastern durch Neueinsparungen und Nacherfassungen sein. Zu den Verkehrsflächen zählen Straßen- und Wegeverkehrsflächen, Plätze, Bahnverkehrsflächen, Flugverkehrsflächen sowie Schiffsverkehrsflächen.

Bei der **Siedlungsfläche** zeigte sich 2019 ein beinahe unverändertes Bild: Die **Zunahme** der Flächen für Wohnbau, Industrie und Gewerbe (ohne Bergbaubetriebe und Abbauland) sowie öffentliche Einrichtungen für die Produktion von beziehungsweise die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen betrug aufgrund der starken Bautätigkeit im Innen- und Außenbereich von Gemeinden und Städten **33 Hektar pro Tag** (2018: 32 Hektar pro Tag). Sport-, Freizeit- und Erholungs- sowie Friedhofsflächen nahmen 2019 unverändert gegenüber dem Vorjahr jeweils um 10 Hektar pro Tag zu.



14,4 % der Bodenfläche Deutschlands für Siedlungs- und Verkehrszwecke verwendet

Die gegenwärtige Struktur der Flächeninanspruchnahme für Siedlungs- und Verkehrszwecke zeigt folgendes Bild: 14,4 % und damit 5,1 Millionen Hektar der Gesamtfläche Deutschlands wird für Siedlungs- und Verkehrszwecke in Anspruch genommen. Davon entfallen 9,3 % (3,3 Millionen Hektar) auf die Siedlungsfläche (einschließlich Bergbaubetriebe, Tagebau, Grube und Steinbruch) und 5,0 % (1,8 Millionen Hektar) auf die Verkehrsfläche.

Bodenfläche insgesamt nach Nutzungsarten in Deutschland am 31.12.2019

Der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche lag in den Stadtstaaten Berlin (70,6 %), Hamburg (58,9 %) und Bremen (56,4 %) am höchsten. In den anderen Bundesländern reichte die Spanne des Siedlungs- und Verkehrsflächenanteils von 8,6 % in Mecklenburg-Vorpommern bis 23,7 % in Nordrhein-Westfalen.

Nutzungsart	km ²	Anteil in % an der Fläche insgesamt
Bodenfläche insgesamt	357 581	100,0
davon		
↳ Siedlung	33 433	9,3
↳ davon		
↳ Wohnbaufläche	13 824	3,9
↳ Industrie- und Gewerbefläche	6 211	1,7
↳ Halde	153	0,0
↳ Bergbaubetrieb	11	0,0
↳ Tagebau, Grube, Steinbruch	1 495	0,4
↳ Sport-, Freizeit- und Erholungsfläche	5 224	1,5
↳ Fläche gemischter Nutzung	4 402	1,2
↳ Fläche besonderer funktionaler Prägung	1 725	0,5
↳ Friedhof	389	0,1
↳ Verkehr	18 056	5,0
↳ davon		
↳ Straßenverkehr	9 415	2,6
↳ Weg	6 728	1,9
↳ Platz	349	0,1
↳ Bahnverkehr	1 164	0,3
↳ Flugverkehr	375	0,1
↳ Schiffsverkehr	25	0,0
↳ Vegetation	297 897	83,3
↳ davon		
↳ Landwirtschaft	181 280	50,7
↳ Wald	106 588	29,8
↳ Gehölz	4 239	1,2
↳ Heide	685	0,2
↳ Moor	802	0,2
↳ Sumpf	380	0,1
↳ Unland, vegetationslose Fläche	3 922	1,1
↳ Gewässer	8 195	2,3
↳ davon		
↳ Fließgewässer	3 624	1,0
↳ Hafengebiete	74	0,0
↳ Stehende Gewässer	4 161	1,2
↳ Meer	336	0,1
nachrichtlich		
Siedlungs- und Verkehrsfläche¹	49 983	14,0

Berichts- jahr	Anstieg in ha/Tag		
	Wohnbau, Industrie und Gewerbe (ohne Abbauland), Öffentliche Ein- richtungen	Sport-, Freizeit- und Erholungs- flächen, Friedhof	Verkehr
2000	87	21	24
2001	70	29	23
2002	66	21	22
2003	45	34	20
2004	60	46	25
2005	35	57	25
2006	30	52	24
2007	40	33	24
2008	35	39	21
2009	28	32	18
2010	33	23	21
2011	30	27	17
2012	40	18	11
2013	29	23	19
2014	22	18	23
2015	40	12	10
2016	/	/	/
2017	32	15	8
2018	32	10	16
2019	33	10	2

Insgesamt umfasst die Gesamtfläche Deutschlands 35,8 Millionen Hektar. Die Fläche für Vegetation bildet mit 83,3 % den höchsten Anteil (29,8 Millionen Hektar). Diese besteht im Wesentlichen aus Flächen für Landwirtschaft mit 50,7 % (18,1 Millionen Hektar) und Waldflächen mit 29,8 % (10,7 Millionen Hektar). Im Gegensatz dazu sind lediglich 2,3 % mit Gewässern (0,8 Millionen Hektar) bedeckt. (*Destatis*)

Unter dem bekannten Leitspruch „**Ein Funken Hoffnung**“ wollen wir der angeschlagenen Gesellschaft ein Gemeinschaftsgefühl geben. In diesem Jahr wollen wir Landwirte uns den Kindern widmen und rufen zu einer „**Herzenswunsch**“-Idee auf. Wir wollen für die „Mitteldeutsche Krebskinderforschung“ Gelder sammeln und damit die Brücke schlagen zu „Ein Funken Hoffnung“. Damit unsere Aktion zu leuchtenden Augen der an Krebs erkrankten Kinder und deren Angehörigen führt, rufen wir die Bevölkerung und Landwirte zu dieser Spendenaktion auf.

Wenn ihr die Aktion unterstützen wollt, spendet an folgendes **Spendenkonto**:

IBAN: DE79 2713 1300 0000 6980 08

Land schafft Verbindung IG Sachsen-Anhalt

Verwendungszweck „Ein Funken Hoffnung 2022“,

informiert euer Umfeld darüber,

beteiligt euch.

Ein Funken Hoffnung für uns – ein Herzenswunsch für dich!

01.01.2022 ab 17:00 Uhr

Kommt mit uns nach Magdeburg! Ihr seid herzlich eingeladen zur Lichterfahrt und zur Übergabe unseres Spendenchecks gegen 20:00 Uhr auf dem Domplatz in Magdeburg!

Eure land- und forstwirtschaftlichen Verbände in Sachsen-Anhalt





**Ein Funken
Hoffnung
für uns – ein
Herzenswunsch für
dich**

**01.01.2022
17.00 Uhr**

**Kommt mit uns nach Magdeburg!
Ihr seid herzlich eingeladen zur
Lichterfahrt und zur Übergabe unseres
Spendenchecks gegen 20:00 Uhr auf dem
Domplatz in Magdeburg!**